

Einzelpreis 500 Mark.

Bezugspreis monatlich:
zu der Geschäftsstelle . . . 5.400.— M.
Durch Zeitungsboten . . . 6.000.—
die Post . . . 6.000.—
Ausland . . . 9.000.—

Redaktion und Geschäftsstelle:
203, Petrikauer Straße 86.
Telephon Nr. 6—86.
Postcheckkonto 60.689.

Honorare werden nur nach vorheriger
Einschickung gezahlt. Unverlangt ein-
geschickte Manuskripte werden nicht auf-
bewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Nr. 20

Mittwoch, den 24. Januar 1923

6. Jahrgang

Die Stellung der Deutschen Vereinigung zur Regierungserklärung.

Zu Beantwortung des Exposes des Ministerpräsidenten Sikorski gab Abg. J. Spidemann namens der Deutschen Sejmfraktion in der gestrigen Sejmung folgende Erklärung ab:

Hohes Sejm!

Namens der deutschen Fraktion habe ich die Ehre folgende Erklärung abzugeben:

Mehr vielleicht noch als jeder andere Staat bedarf unsere junge Republik an leitender Stelle harter Persönlichkeiten. Wir glauben in dem Herrn Ministerpräsidenten eine solche harte Persönlichkeit zu erkennen. Ein neuer Typ unter den Politikern unseres Staatswesens, ein Mann, der an sich und an die Stabilität der an ihn gestellten Aufgabe glaubt und der aus diesem festen Glauben die Kraft zum Erfüllen schöpft.

Durch seine politischen Vorurteile und Doktrinen in seinen Reden und in seinen Handlungen hat der Herr Ministerpräsident die Staatsanwaltschaften klar erkannt und aus diesem Erkennen heraus zielstrebig den Kurs gewiesen, auf dem er das Staatsgeschick zu führen gedenkt.

Mit welchem Freimuth hat der Herr Ministerpräsident die Gefahren aufgedeckt, unter denen unser Staatsorganismus leidet. Alle die unerfreulichen Erscheinungen, die der Herr Ministerpräsident kennzeichnete, sind uns seit langem nur allzu gut bekannt. Auch wir Deutschen haben oft und bringend auf die Wunden hingewiesen, von denen unser Staatskörper zerfleischt wird. Aber da war ein solcher, aus so ernstem Erkennen geborener Hinweis Staatsverrat; — hieß es, daß wir den polnischen Staat in den Augen des Auslandes herabsagen wollten, und die Schriftleiter unserer Zeitungen wurden wegen Verbreitung falscher Tatsachen oder wegen Verletzung einer angeblich noch rechtsgültigen Kriegsverordnung zu schweren Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt. In diesen und in hundert anderen Urteilen, die gegen polnische Staatsbürger deutschen Stammes ergangen sind, zeigt sich vielleicht am allerdeutlichsten der Wogebau, der letzten Endes alle die Krankheitsercheinungen an unserem Staatskörper hervorgerufen hat, die der Herr Ministerpräsident beklagt. Das ist das Sine qua non der Politik und zwar einer von chauvinistischem Übermut diktierten, das heißt gegen alles Fremdkämmige in Dingen, die von allem Politischen prinzipiell sauber gehalten werden sollten. Von dieser Infektion ist gerade auch unsere Rechtsprechung befallen. Wir können daher in das Lob nicht einstimmen, das der Herr Ministerpräsident dem polnischen Richter- und Prokuratorenstande gezollt hat. Wir wissen sehr wohl, daß sich das Recht empfinden vieler Richter dagegen aufgebaut hat, Urteile mit ihrem Namen zu decken, die sie mit dem Buchstaben und mit dem Geiste des Gesetzes nicht für vereinbar hielten. Aber diese wenigen Männer alten Schlages sind fast stets von ihren chauvinistischen Kollegen überstimmt worden, die das Recht glauben bringen zu müssen aus Erwägungen, die in dem Satz gipfeln: „Alle fremdkämmigen Existenzen sind im Interesse des Staatsganges zu vernichten“. Seinen furchtbaren Ausdruck hat dieser Gedanke vielleicht in der Fassung gefunden, die ihm der Vertreter des Mörders Miedomowski gegeben hat. Sein Malheur gipfelte in dem brutalen Anspruch: „Wenn die Geschichte eine solche Tat wie die Miedomowskis nicht gekannt hat, so hat sie auch eine solche nicht gekannt, wie die, in der sich das Land jetzt befindet, da es von den Wellen der Minderheiten überflutet wird, die die Herren sein wollen. Der polnische Adler, der vom Ungeziefer befallen ist, kann fliegen, aber mit ihm geht auch jenes Ungeziefer zu Grunde.“

Das ist der Geist der nationalchauvinistischen Diktanden, die ganz systematisch eine zum guten Teil mit ausländischem Kapital gespeiste Presse Jahr um Jahr den Massen eingebläut hat. Die Herren wollten wir sein im politischen Leben, wir, die wir von aller, aber auch von aller Mitarbeit gänzlich ferngehalten wurden? Wann haben wir jemals derartig utopische Wünsche geäußert? Welches Unterfaren hat man in solchen Sinne werfen können? Nun, daß wir es gemacht haben, gemäß unserem durch die Verfassung gewährleisteten Recht und gemäß unserer Pflicht als Staatsangehörige einem der von unseren polnischen Kollegen für den Posten des Staatspräsidenten aufgestellten Kandidaten unsere Stimmen zu geben und ihn mit diesen unseren Stimmen durchzuführen.

Das war das Verbrechen! Zu solcher Verblendung hat die systematische Sege gegen uns Fremdkämmige die Massen hineingetrieben, daß der Mann, an dessen nationalpolnischer Gesinnung niemand bislang zu zweifeln wagte, der Mann, der sich auf höchstem Staatsamt bewährt hatte, der Mann, der sich in keiner Weise als Schwächling der Minoritäten gezeigt hatte, in dem Augenblick gerichtet war, in dem ihm auch die völkischen Minderheiten ihr Vertrauen aussprachen. In einem Staatswesen, in dem die fremdkämmige Bevölkerung mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmacht, sollte die Frage nicht von der Tagesordnung verschwinden: Wie stellen wir auch diese anders gearteten Elemente zufrieden, wie bringen wir sie dazu, auch ihrerseits an den großen Staatsaufgaben teilzunehmen? Nichts von alledem! Das Vertrauen, mit dem wir uns trotz allem, was wir an Demagogik und Zurschneidung erlebt, zu gemeinsamer Arbeit im Staat wiederum haben, wird als unerlöschliche Flamme in die Luft geblasen. Dem schnellen und satyrischen Eingreifen des Herrn Ministerpräsidenten ist es zu danken, daß solcher Gebäudefallung entzogenen Unheil sich nicht zu einer Gefahr für das Staatswesen ausgewachsen hat. Aber das Gift frist weiter.

Wir bedauern feststellen zu müssen, daß der Herr Ministerpräsident in seinem Expose eine Wendung gebraucht hat, die es beinahe so scheinen läßt, als wenn auch ihn dieses Tag ein, Tag aus ausgesprochene chauvinistische Gift ein klein wenig infiziert hätte. Er hat, wie wir meinen, mit vollem Vorbehalt seine Ausführungen über die völkischen Minderheiten mit der Feststellung eingeleitet: „Polen ist ein Nationalstaat“. Das ist ein verhängnisvolles Wort. Diese Auffassung hat ja gerade die großen Massen unserer polnischen Mitbürger zu der Schlußfolgerung gelangen lassen: „Also haben die Fremdkämmigen hier nichts zu suchen, sie sind — was in tausend Varianten immer wiederholt wurde — nur geduldet“. Wollen sie sich als mehr betrachten, so müssen sie aus dem Lande gedrängt werden. Wir haben lange genug unter dem unerträglichen Zustand gelitten, den solche Argumentation geschaffen hat. Der gesamte Apparat der inneren Verwaltung hat ausgesprochen: „Nur unter der Parole gestanden: Kein Mittel ist unversucht zu lassen, die polnischen Bürger deutschen Stammes aus dem Lande zu treiben, das Land zu entdeutschern, zu polonisieren, wie man das so geschmackvoll ausjuchzen belächelte. Auch das brutale Mittel ist zu diesem Zwecke erlaubt. Selbst der gesetzgebende Sejm hat sich nicht gescheut, sich bei seiner gesetzgeberischen Arbeit von solchen Gebäudefängen leiten zu lassen. Er hat damit in den breitesten Massen das Gefühl für Recht und Unrecht auf das Schwerste erschüttert; wird es gesetzlich sanktioniert, einen Deutschen um seines Volkstums willen aus seinem Eigentum zu entfernen und das unter Mobilitäten, die ihn um sein gesamtes Vermögen bringen und die ihn als bittenden Flüchtling in die Fremde ziehen lassen; dann kann man es dem Manne von der Straße nicht verübeln, wenn auch er das Gefühl für die Unverletzlichkeit des Eigentums verliert. Was Wunder, wenn bis weit hinaus in die Oberschichten die Moral auf das Schwerste erschüttert ist.“

Wir gehen vielleicht nicht zu weit, wenn wir gerade in der Klassifizierung der Staatsbürger, die eben zurückgeht auf den irrigen Begriff des Nationalstaates, die letzte Wurzel alles Übels auf allen Gebieten des Staatswesens erblicken. Und nicht zuletzt auch die Ursache dafür, daß vielfach das Vertrauen des Auslandes zu unserem Wirtschaftsleben verloren gegangen ist. Es gilt heute — auch in den Zentralinstanzen — als reine Selbstverständlichkeit, daß die Unternehmungen Deutscher mit ihren Angeboten und Forderungen ausbleiben, wenn sie mit polnischen Unternehmungen in Konkurrenz stehen. Wenn es als patriotische Pflicht gilt, den verdienstvollen und kenntnisreichen Leitern industrieller Werke den Lauspaß zu geben und in großen gesellschaftlichen Organisationen die deutschen Teilhaber „höflichstlos“ auszumarschieren, — wenn jedes, aber auch jedes Mittel willkommen ist, den deutschen Gewerbetreibenden, den deutschen Fabrikherren zur Abgabe seines Unternehmens an einen Polen zu zwingen, mußte da nicht unser gesamtes Wirtschaftsleben aufs Schwerste erschüttert werden, mußte da nicht unter den neuen Herren die Produktivität der Betriebe und mit ihr die Steuerkraft zurück-

gehen, mußte nicht das Vertrauen der langjährigen ausländischen Geschäftsfreunde verloren gehen?

Wir begrüßen es mit Dank, daß der Herr Ministerpräsident gewillt ist, das System der Kreditgewährung an die Industrie einer Nachprüfung zu unterziehen. Wir haben das begründete Empfinden, daß auch hier nicht mit gleichem Maße gemessen wurde, das auch hier unter Hervorhebung nationalchauvinistischer Erwägungen politische Unternehmungen aus dem Staatsfiskus zu erhalten haben, an denen die deutschen Schwerindustrieunternehmen keinen Teil hatten.

Leicht wird es nicht sein, alle die Eiterbeulen auszubrechen, die das Gift des nationalen Chauvinismus am Volkstörper hat ausquellen lassen. Es wird auch kaum genügen, die kranken Krankheitsercheinungen zu bekämpfen, wenn nicht gleichzeitig der Krankheitserreger, das im Dunkeln fortwirkende Gift, beseitigt wird. Darum ist heute die klipp und klare Beantwortung der Frage unabwendlich: Ist Polen ein Nationalstaat oder ist es ein Nationalitätenstaat?

Wir hätten vielleicht der Feststellung des Herrn Ministerpräsidenten — Polen ist ein Nationalstaat — nicht eine so einschneidende Bedeutung beigemessen, wenn nicht der Herr Ministerpräsident in unmittelbarem Anschluß an diese Feststellung die Sonderrechte der Minderheiten all zu eng dahin umgrenzt hätte, daß sie besagt wären, ihre sprachliche und religiöse Eigenart frei zu pflegen. Da fehlt das Wesentliche! Für uns Deutsche in Polen kommt kaum die Pflege religiöser Eigenart in Frage, denn wie wir Deutschen einerseits verschiedenen Religionsgemeinschaften angehören, sind wir auf der anderen Seite allseits mit unseren polnischen Mitbürgern in den gleichen Religionsgemeinschaften verbunden, in Gemeinschaften, die einen Unterschied der völkischen Zugehörigkeit nicht kennen. Daß es die Episkopate der größten Religionsgemeinschaften mit den von ihnen gelehrt christlichen Lebenswahrheiten für vereinbar halten, die ihnen anvertrauten Deutschen zur Aufgabe ihres Deutschtums zu bestimmen, und daß der nationale Chauvinismus auch in die Antastungen der polnischen Geistlichkeit selber verkennt und auf die Kanzeln seinen Weg gefunden hat, steht auf einem anderen Blatt.

Genauso ist die Pflege der deutschen Muttersprache losgelöst von den staatlichen Belangen. Unverkörpert war, daß sich polnische Chauvinisten noch immer für befugt halten, unter Verletzung des Postgeheimnisses ohne jede gesetzliche Ermächtigung unsere Korrespondenz zu öffnen und zu kontrollieren. Bedauerlich, daß man es für geboten hält, uns nach wie vor mit Spiegeln und Spionen zu umgeben. Aber selbst! Wir haben nichts zu verheimlichen. Wenn unser Familienleben interessiert, mag ruhig in unsere Internatualität haben. Aber so weit ist wohl bisher noch niemand gegangen, daß er uns im eigenen Heim im Gebrauche der Muttersprache behindern wollte.

Sollte indessen der Herr Ministerpräsident unter dem freien Gebrauch der Muttersprache ein Recht verstehen, das über die Grenzen des Privatlebens hinausreicht, ein Recht, das sich in der Öffentlichkeit auswirkt, so bitten wir, dieses Recht für uns praktisch werden zu lassen.

Aus den Gemeindeförperschaften in den westlichen Wojewodschaften sind wir fast reiflos hinausgedrängt wegen angeblich ungenügender Kenntnis der polnischen Sprache; im Oberschlesischen Sejm ist dieser Tage ein Gesetz zur Annahme gelangt, das den ausschließlichen Gebrauch der polnischen Sprache auch in solchen Gemeindeförperschaften vorschreibt, die sich in der Hauptsache aus Deutschen zusammensetzen — und das 5 Monate, nachdem Oberschlesien an Polen gefallen ist, also nach Ablauf einer Periode, in der es beim besten Willen nicht möglich war, die polnische Sprache zu erlernen. Wir stellen nur ungern Vergleiche mit der Vergangenheit an, aber wir können es nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß in den polnischen Kreisen der ehemaligen Provinz Polen die polnische Sprache neben der deutschen nach drei Menschenaltern nach Eingetribung dieser Provinz in den preussischen Staat als Amtssprache zugelassen war. Wir dürfen ferner darauf hinweisen, daß in diesen Tagen der Senat den Gebrauch der Minderheitssprachen selbst für die Kommissionsitzungen abgelehnt hat. Mit dem „freien“ Gebrauch der Muttersprache ist es also ein eigen Ding.

Was uns aber der Minderheitenschutzvertrag als höchster Gut gegeben hat, und was für uns die magna carta

Proklamation

Ein Aufruf an die Führer der Welt.

Ohne Zweifel war die größte Versammlung völlig gottgeweihter Christen, die jemals auf der Erde stattgefunden hat, die der Internationalen Vereinigung Ernster Bibelforscher, welche vom 5. bis einschließlich 13. September in Cedar Point, Ohio, Vereinigte Staaten Amerikas, stattfand. Aus allen Teilen der Vereinigten Staaten, Canadas und Europas strömten über 10000 Delegierte zusammen, und als Sonntag nachmittag, den 10. September, Richter Rutherford, der Präsident der Vereinigung, seinen weltberühmten Vortrag: „Millionen jetzt Lebender werden niemals sterben“ hielt, waren 18000 bis 20000 Zuhörer anwesend. So groß war die Menge, daß es nötig war, die Versammlung im Freien abzuhalten, aber durch die Benutzung eines neuartigen elektrischen Schallapparates zur Verstärkung der Stimme wurde es ermöglicht, daß jeder die Worte des Redners deutlich hören konnte.

Seitdem die Pariser Friedenskonferenz zusammengetreten war, haben die Führer der Welt versucht, durch Völkerverträge Frieden und Wohlfahrt auf Erden zu gründen. Es wird allgemein zugegeben, daß diese Bemühungen sehr wenig oder gar keine Früchte gezeitigt haben, und findet dieser klägliche Mißerfolg eine treffende Illustration in der nebenstehenden Zeichnung, welche die amerikanische Zeitung „New York American“ veröffentlicht hat. Die Bibelforscher sind überzeugt, daß der Grund für diesen Fehlschlag darin zu suchen ist, daß die alte Welt oder die alte Ordnung der Dinge ihr Ende erreicht hat und die neue Weltordnung beginnt. Sie haben erkannt, daß das Volk Israel eine vorbildliche Nation war, und daß Gottes Verfahren mit diesem Volke dasjenige vorschattete, was mit Bezug auf die Nationen der sogenannten Christenheit geschehen werde, und daß darum die damals an Israel gerichteten Prophezeiungen jetzt eine Erfüllung in größerem Maßstabe an den Nationen der Erde finden, die sich als christlich ausgeben.

Vierzig Jahre vor dem Weltkriege haben ernst Forscher der Heiligen Schrift, unter der Führung Pastor Russell, gestützt auf die biblische Prophetie und Chronologie, vorausgesagt, daß im Jahre 1914 eine große Welt-Drangsal beginnen werde. Ihre Voraussage hat sich bewahrheitet, was die 1914 tatsächlich eintreffenden Ereignisse jetzt reichlich bestätigen.

Die Bibelforscher sind überzeugt und verkündigen, daß des Herrn Königreich, um dessen Kommen Christen seit 1900 Jahren gebetet haben, herbeigekommen ist, und daß der Herr Jesus, den Menschen unsichtbar, jetzt gegenwärtig ist und seine Herrschaft beginnt; daß die Nationen sich jetzt gegenseitig selbst in Stücke schlagen, um für die gerechte Herrschaft des Messias Platz zu machen, und daß seine Herrschaft das Erbte aller Nationen bringen wird, nämlich Frieden auf Erden, an den Menschen ein Wohlgefallen, und Leben, Freiheit und Glückseligkeit.

Die Internationale Vereinigung Ernster Bibelforscher hat in den letzten Monaten bei der Verkündigung dieser „Großen Botschaft großer Freude für alles Volk“ vom messianischen Königreich eine ungewöhnliche Tätigkeit entwickelt, wobei ein Buch über denselben Gegenstand, betitelt „Millionen jetzt Lebender werden niemals sterben“, verkauft von Richter Rutherford, in mehreren Millionen Exemplaren in die Hände der Völker der Erde gelegt worden ist.

Am Schluß der großen Rede, welche Richter Rutherford in Cedar Point hielt, verlas er eine Resolution, die nebenstehend in ganzem Wortlaut wiedergegeben ist, und beantragte ihre Annahme. Die Resolution wurde mit ungeheurer Beifall aufgenommen; und als darüber abgestimmt wurde, erhob sich die gewaltige Zuhörerschaft wie ein Mann, mit einem wellenstimmigen, laut schallenden „Ja“ die Resolution einstimmig annehmend. Sowohl die Resolution als auch der Vortrag sind eine freie und offene, bedeutungsvolle Proklamation an alle Nationen der Erde, und sie wird mit tiefstem Interesse von allen denkenden Menschen gelesen werden. Es wird für jedermann sehr lohnend sein, sich die Zeit zu nehmen, nebenstehende Resolution samt nachfolgendem Vortrag im Lichte der Ereignisse der Gegenwart sorgfältig zu studieren.

Weltfrieden, Wohlfahrt und Glück der Menschheit können nicht durch internationale Konferenzen erreicht werden - Das wahre Heilmittel - Eine Lebensfrage für alle Nationen der Erde - Internationale Bibelforscher nehmen eine Resolution an.

Resolution. Gefaßt von der Internationalen Vereinigung Ernster Bibelforscher am 10. September 1922 zu Cedar Point, Ohio, U. S. A.

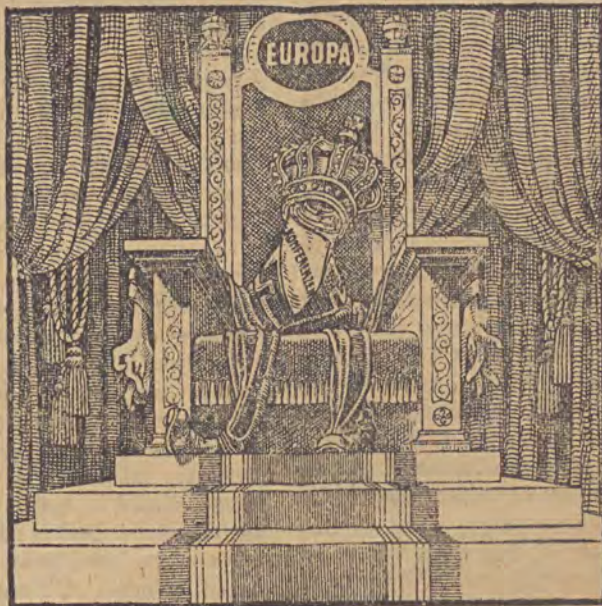
Die Generalversammlung der Internationalen Bibelforscher-Vereinigung erachtet es als ihre Pflicht und ihr Vorrecht, an die Nationen der Erde folgende Botschaft zu senden.

Als eine Körperschaft gottgeweihter Nachfolger unseres Herrn und Erlösers Jesus Christus, sind wir grundsätzliche Gegner jeder Beteiligung an Krieg, Revolution, Anarchie oder Gewalt in irgendwelcher Form, und protestieren ferner gegen die Irreführung des Volkes durch lügnerische Verdrehung des Wortes Gottes oder durch andere betrügerische Mittel. Wir wünschen dem Volke herzlich und aufrichtig Frieden und Wohlfahrt, der ganzen Menschheit Segnung mit Leben, Freiheit und Glückseligkeit, und wir sind überzeugt, daß dies einzig im Reiche Gottes unter der Herrschaft Christi erreicht werden kann.

Im Lichte des Wortes Gottes und besonders im Lichte bereits erfüllter biblischer Prophetie, weisen wir auf das Nachfolgende als die wahre Klarstellung der heutigen beispiellosen schwierigen Weltlage hin:

Der hilflose Herrscher Europas.

Registered U. S. Patent Office.



Darum wenden wir uns hiermit an alle Nationen der Erde, an ihre Herrscher und ihre Führer, an alle Geistlichen sämtlicher Kirchen und Denominationen der Erde, an ihre Anhänger und Verbündeten, die finanziellen und politischen Machthaber, und fordern sie auf, nunmehr den öffentlichen Beweis zur Rechtfertigung ihrer Behauptung herbeizubringen, daß sie der Welt Frieden und Wohlfahrt bringen und den Völkern wahres Glück und Gedeihen sichern können. Vermögen sie es nicht, so fordern wir sie auf, dem Zeugnis Gehör zu geben, welches wir ihnen als des Herrn Zeugen heute vorlegen, und dann mögen sie erklären, ob unser Zeugnis wahr ist oder nicht.

Im Vertrauen auf das Wort Gottes und auf seine durch Jesus Christus für die ganze Menschheit getroffene Vorfrage glauben und bekunden wir als seine Zeugen folgendes:

1. Daß der im Jahre 1914 ausgebrochene Weltkrieg und die ihm folgenden großen Hungersnöte, Epidemien und Revolutionen in verschiedenen Gegenden der Erde genaue Erfüllungen der großen Prophezeiung des Herrn sind;

2. Daß das Jahr 1914 das gescheiterte Ende der alten Welt oder Weltzeit markiert, wo Christus als der rechtmäßige König seine Macht an sich genommen hat;

3. Daß der Herr Jesus Christus jetzt gegenwärtig, obwohl den Menschen unsichtbar, und am Werke ist, sein Königreich aufzurichten, um welches Reich er seine Nachfolger beien gelebt hat;

4. Daß Satan — seit langem „der Gott dieser Welt“ — die Staatsmänner, Finanzfürsten und Geistlichen irreführt hat, indem er sie glauben machte, daß sie durch internationale Verträge oder andere vereinte Anstrengungen das Erbte aller Nationen herbeiführen könnten;

5. Daß sämtliche gegenwärtig bestehenden Organisationen der Welt den sichtbaren Teil von Satans Herrscherreich oder Organisation darstellen, und daß jetzt Satans Reich bei dem Vormarsch des Königs der Herrlichkeit fallen muß;

6. Daß alle internationalen Konferenzen und alle daraus hervorgehenden Verträge und Vereinbarungen, mit Einschluß des Völkerbundes und aller ähnlichen Bündnisse, versagen müssen, weil Gott es so beschaffen hat;

7. Daß alle vereinten Anstrengungen der nominellen Kirchen, ihrer Geistlichkeit, ihrer Führer und ihrer Verbündeten, die alte Ordnung der Dinge auf Erden zu retten und wieder zu befestigen und Frieden und Wohlfahrt herbeizuführen, fehlschlagen müssen, weil diese Organisationen keinen Teil des messianischen Königreiches bilden;

8. Daß im Gegenteil die Geistlichkeit der verschiedenen kirchlichen Nennungen sich während des Weltkrieges dem Herrn Jesus Christus gegenüber als treulos erwiesen hat, indem sie sich in schmachvoller Weise mit der Hochfinanz und mit der staatlichen Gewalt verbündet, um den Weltkrieg zu fördern, die Männer in die Schützengräben hineinpredigte, und ihnen trügerisch und gotteslästerlich den Tod auf dem Schlachtfelde als einen Anteil an dem Reich der Menschheit darzubringen suchte;

9. Daß die Geistlichkeit ferner den Herrn und sein Königreich verworfen und ihre Häuser darin geöffnet hat, daß sie sich freiwillig mit Satans Organisation verbunden hat und mit dreister Stirn, in völliger Mißachtung der Worte Jesu und seiner Apostel, der Welt verkündigt, besonders in den Ländern der Alliierten, daß der Völkerbund der politische Ausdruck des Reiches Gottes auf Erden sei.

10. Wir erklären und bezeugen öffentlich, daß die gegenwärtige Drangsalzeit der Tag der Rache Gottes über Satans sichtbares und unsichtbares Reich ist;

11. Daß die Wiederaufrichtung der alten Welt oder Weltordnung ein Ding der Unmöglichkeit ist; denn die Zeit für die Aufrichtung des Königreiches Gottes durch Christus Jesus ist herbeigekommen und alle Mächte und Organisationen, die sich nicht freiwillig der gerechten Herrschaft des Herrn unterordnen, werden von ihm vernichtet werden.

12. Wenn die Politiker das Volk treu vertreten würden, wenn die Kapitalisten aufhören würden, das Volk auszubeuten und zu bedrücken, wenn die Geistlichen dem Volke die Wahrheit über Gottes Plan und Willen verkündigen wollten und wenn das Volk vom Haß und Parteihader abläßt, dann könnte das Königreich des Messias ohne weitere Drangsal und Leiden für die Menschheit ausgerichtet werden. Wenn sie sich aber weigern, dieses zu tun, dann muß in Kürze noch größere Not und Trübsal über die Welt kommen.

13. Aus diesem Grunde schwebt gegenwärtig ein großes Verhängnis über den Nationen der Erde und ist im Begriff, über sie hereinzubringen, nach den Worten Jesu Christi, „eine große Drangsal, dergleichen von Anfang der Welt bis jetzt nicht gewesen ist, noch je wieder sein wird“, und diese drohende große Katastrophe ist es, welche jetzt die herrschenden Führer und Mächtigen der Erde unaufhaltsam näher kommen sehen.

Aber wir glauben und verkündigen, daß das Königreich des Messias das einzige und vollkommene Universalheilmittel für alle Leiden und Wunden der Menschheit ist, und Frieden auf Erden, an den Menschen ein Wohlgefallen, und das Erbte aller Nationen bringen wird, und daß diejenigen, die sich willigen Herzens unter seine gerechte, nun begonnene Herrschaft beugen werden, mit ewigdauerndem Frieden, Leben, Freiheit und endloser Glückseligkeit gesegnet werden sollen.

Daher überbringen wir aus der Bibel allen Völkern der Erde Gottes frohe Botschaft großer Freude, des Friedens und ewiger Errettung. Wir verkündigen der Welt, daß der große König der Herrlichkeit, der Erlöser der Menschheit, unsichtbar gegenwärtig ist, und seine Herrschaft begonnen hat; daß die alte Welt unter der Herrschaft Satans zu Ende ist und in Kürze gänzlich zerschmettert sein wird, um dem jetzt in Aufrichtung begriffenen ewigwährenden Königreich der Gerechtigkeit Platz zu machen, und daher Millionen jetzt auf Erden lebender Menschen, wenn sie den guten Befehlen des Reiches Gottes gehorchen, weiterleben und niemals sterben werden. Darum rufen wir an alle Nationen, Völker und Klassen jeder Sprache, die Gerechtigkeit lieben und Ungerechtigkeit hassen, die feierliche Aufforderung, zu erkennen und frei zu bekennen, daß Jehova der allein wahre Gott ist, und sein geliebter Sohn, Christus Jesus, der König der Könige und der Herr der Herren.

Auszug aus Richter Rutherfords Vortrag:

Millionen jetzt Lebender werden niemals sterben.

Die Besatzung des Weltkrieges behaupteten, der Krieg werde geführt, um die Welt für die Demokratie zu machen. Acht Jahre sind seit her verstrichen, und die wahre Volksherrschaft steht jetzt in größerer Gefahr als vor dem Kriege.

Der Weltkrieg hat nur vermehrte Leiden und drückendere Lasten für die Menschheit nach sich gezogen. Die Pariser Konferenz wurde abgehalten, um Mittel und Wege zu finden, eine Wiederholung der Katastrophe zu verhüten. Der Völkerbund war die Frucht dieses Versuches und dieser Völkerbund wurde, besonders in den Ländern der Alliierten, als der Befreier der Menschheit und als der Erretter der Welt gepriesen. Er hat sich als ein vollständiger Fehlschlag erwiesen.

Die Washingtoner Abrüstungskonferenz, an welcher dieselben Mächte und Völker teilnahmen, brachte einen Vertrag hervor, der, wie man sich rühmte, Frieden und Wohlfahrt in der Welt zustandebringen würde. Die darauf verwendete Mühe war fruchtlos und der Vertrag ein gänzlicher Misserfolg.

Die in Genua abgehaltene Konferenz derselben Mächte und Völker machte einen weiteren verzweifelten Versuch, die verwickelte Situation zu lösen. Der britische Premierminister tat dort den Vorschlag: „Wir müssen eingestehen, daß Europa in keiner guten Verfassung ist. Wenn es dieser Konferenz nicht gelingt, sich auf einen Friedensbund zu einigen, so wird Europa von neuem im Blute waten.“ Es wird zugegeben, daß die Konferenz von Genua nichts erreicht hat.

Darauf folgte die Konferenz im Haag zu demselben eingestandenem Zweck. Auch sie hat nichts als Wind hervorgebracht.

Und nun wenden sich die Mächte in ihrer Verzweiflung an die Kirche Roms und ihre Töchter, die andere normalen Kirchen, um die Welt vor dem drohenden Unheil zu retten. Auch diese müssen versagen.

Warum scheitern alle diese Anstrengungen der Menschen, der Welt Frieden zu bringen, warum mißlingen alle Versuche, die alte Ordnung der Dinge zusammenzuflicken? Eine Stimme aus der Weisheit, die Stimme Gottes, redend durch seine Propheten, läßt klar und machtvoll die Antwort ertönen: „Die Welt ist zu Ende; Satans Reich ist im Gericht; dies ist der Tag der Vergeltung Gottes; das Königreich der Himmel ist herbeigekommen.“ — und darum muß die alte Ordnung fallen.

Gott wußte voraus, daß die Mächte durch die treubruchige Geistlichkeit einen unheiligen Bund mit Satans irdischen Vertretern, nämlich den finanziellen Machthabern und den führenden Politikern der Erde, eingehen würde. Er wußte voraus, daß sie das Königreich der Himmel mißachten würden, um welches zu beten sie sich schickten, und daß sie versuchen würden, Satans Nachwerk an die Stelle des Reiches Gottes zu setzen; darum ließ Gott durch seine Propheten für die Jetztzeit folgende Worte eindringlicher Warnung niederschreiben, die nun gegenwärtig in Erfüllung gehen: „Tobet, ihr Völker, und werdet zerstückt! Und nehmet es zu Ohren, alle ihr Fernen der Erde! Mühet euch und werdet zerstückt! Gürtet euch und werdet zerstückt! Verstecket euch nicht vor dem Schlag und er soll verteilt werden! Grabet ein Wort und es soll nicht zustandekommen.“ Jes. 8, 9, 10.

Während die ganze Welt hin und her taumelt wie ein Trunkener, ist es da für nüchtern denkende Menschen nicht an der Zeit, innezuhalten und nach den Gründen zu forschen und zu ermitteln, ob es nicht ein Heilmittel für die heutige katastrophale Not auf Erden gibt? Wen sollen wir befragen? Ich antworte, das Volk frage bei dem Herrn an; denn durch die Aufzeichnungen seiner inspirierten Propheten gibt er die Antwort in seinem Worte — der Bibel.

Prophezei bedeutet eine Voraussage zukünftiger Ereignisse. Sobald nun solche Ereignisse in genauer Übereinstimmung mit den Worten der Prophezie tatsächlich eintreffen, so können wir sicher sein, daß wir an dem Zeitpunkt angelangt sind, welchen Gott für die Erfüllung der betreffenden Weissagung bestimmt hat. Seit den Tagen Abrahams haben gott ergebene Menschen erwartungsvoll dem Kommen des messianischen Reiches entgegengekehrt. Seit der Zeit des ersten Kommens Jesu haben Christen gebetsvoll das Kommen seines Königreiches herbeigesehnt. So sehr erfüllte diese große Erwartung den Sinn seiner Ringer, daß unter den letzten Dingen, die sie ihm vorlegten, die Frage war: „Meister, sage uns, was wird das Reich in deiner Gegenwart sein und des Endes der Welt?“ Er antwortete ihnen, und seine Antwort war in prophetische Worte gekleidet. Die große Prophezei, die er damals gab, ist heute erfüllt bzw. in der Erfüllung begriffen. Kurz zusammengefaßt war seine Antwort, daß zu jener Zeit ein Weltkrieg sein werde, Hungersnöte, Seuchen und Revolutionen in verschiedenen Teilen der Erde, und diese Dinge der Anfang der über die Völker kommenden Wehen sein werden.

Seit über 40 Jahren haben Bibelforscher durch Wort und Schrift auf die Tatsache hingewiesen, daß im Jahre 1914 eine weltweite große Drangsal hereinbrechen werde. Warum? Weil dieses Datum das Ende der Zeiten der Nationen markiert. Diese Zeiten begannen 606 v. Chr. und sollten gemäß Gottes Wort 2520 Jahre dauern, und deshalb mußte diese Zeit im Jahre 1914 enden. Während der Zeiten der Nationen haben die Völker der Erde unter der Herrschaft Satans, des Fürsten dieser Welt, gestanden. Da er die Menschheit unter seiner Gewalt hatte, würde er sie nicht gutwillig dem Messias ausliefern; deshalb sagte Jesus voraus, daß zur Zeit der Aufrichtung seines Reiches die Nationen zornig sein werden und der Zorn Gottes über sie komme. Diese Prophezeiung ist erfüllt worden.

Lehren des Königreiches.

Kurzgefaßt sind die großen Grundwahrheiten, die zu allen Zeiten von aufrichtigen Christen gelehrt wurden, diese:

Der erste Mensch wurde vollkommen erschaffen, aber er fiel durch die Sünde und wurde verurteilt, zu sterben. Während des Sterbeprozesses, da dieses Urteil an ihm vollzogen wurde, wurden seine Kinder geboren; und weil alle Nachkommen Adams unvollkommen und als Sünder geboren sind, so muß ohne eine Erlösung vom Tode der Tod das Ende aller sein. Aber Gott hat in seiner erbarmungsvollen Güte und Liebe eine Erlösung des menschlichen Geschlechtes verheißen und verkündigt durch den Mund seines Propheten: „Von der Gewalt des Grabes werde ich sie erlösen, vom Tode sie befreien.“ (Hosea 13, 14.) Durch Mose gab Gott die Verheißung, daß er einen Mächtigen erwecken werde, von welchem Moses ein Vorbild war, und dieser Mächtige werde die Nationen und Völker der Erde erretten von Satan, Sünde und Tod. Dieser Erretter ist der Herr Jesus, der in seiner Herrlichkeit kommt. Jesus war ein vollkommener Mensch, gab Zeugnis von dem göttlichen Plan, starb am Kreuze, um der Erlöser der Menschheit zu werden, wurde sodann als ein Geistwesen göttlicher Natur von Gott aus den Toten auferweckt und stieg zum Himmel empor. Er verheißt, daß er wiederkommen werde, um sein Reich der Gerechtigkeit aufzurichten und durch dieses Königreich alle Geschlechter der Erde zu segnen.

Vordem hatte Jehova dem gläubigen Abraham verheißt: „In deinem Samen sollen alle Geschlechter der Erde gesegnet werden.“ Christus, der Messias, ist dieser Same und mit ihm, dem glückseligen Haupte vereint, die Vorauswahl, die verherrlichten Glieder der messianischen Körperschaft.

Die große Drangsal.

Ehe dieser verheißene Segen kommen kann, muß der König gegenwärtig sein. Satan muß aus seiner Machtposition geworfen werden. Der König der Herrlichkeit ist jetzt unsichtbar gegenwärtig und stößt Satan hinaus; daher der Krieg und andere Drangsale, die ihm gefolgt sind, die unser Herr selbst vorausgesagt hat. Satan ist jetzt sein eigenes Reich zu reformieren, um die Herrscher der Erde

zu täuschen und um die Menschheit noch länger in seiner Gewalt zu behalten, indem er nun mit einer Nachahmung des messianischen Königreiches hervortritt und diese den Völkerbund oder die Liga der Nationen der Erde nennt. Da nun die Zeit für die Aufrichtung des Königreiches des Herrn gekommen ist, so muß alle Mühe Satans und seiner Diener, die alte Ordnung der Dinge fortzusetzen, notwendigerweise vergeblich sein. Des Herrn Königreich muß jetzt aufgerichtet werden. Wenn die Nationen der Erde sich friedlich ergeben und dem Herrn Gehorsam entgegenbringen würden, so würde sein Reich ohne weitere Leiden aufgerichtet werden. Wenn aber nicht, dann wird große Drangsal folgen, in welcher Satan und alle in der Welt herrschende Ungerechtigkeit von dem Herrn mit unwiderstehlicher Gewalt gestürzt werden müssen.

Es wird zugegeben, daß die hohe Politik, die Geldmacht und das gesamte Kirchtum verjagt haben und das Ersehnte der Völker nicht bringen konnten. Warum achten denn diejenigen, die sich als Nachfolger und Vertreter des Herrn ausgeben, nicht auf sein Wort und vereinigen sich nicht mit uns, dem Volke zu verkündigen, was sein Wort über die bevorstehenden Segnungen durch das messianische Reich lehrt? Weil sie Gottes Wort nicht beachten wollen und weil sie sich mit anderen Dienern Satans in jenem unheiligen Bunde vereinigt haben, so muß die große Weltkatastrophe kommen. Sie ist unvermeidlich.

Harmagedon.

Satans Organisation, bestehend aus den politischen, finanziellen und kirchlichen Machthabern, ist böse genug, aber eine entfesselte Pöbelmasse in wilder, sinnloser Wut, ohne Empfinden für Gerechtigkeit, entmenscht und aller Vernunft barm, ist noch tausendmal schlimmer. Diese Gefahr bedroht jetzt alle Nationen. Die Völker und Nationen der Erde nähern sich im Sturmschritt einer verheerenden Katastrophe. In dem, durch das prophetische Wort des Herrn beschriebenen schrecklichen Walde, sehe ich einen gewaltigen Umsturz beispielloser Art, eine wahre Sturmflut von Blut und Brand, so brechend in Aufruhr, über die ganze Erde hinwegzusehen. Sie wird aufgereißt von Gier, Habgier, Haß, Bosheit, Ekel und Verzweiflung, und wird hervorgerufen von habgierigen Profitmachern, die das Volk skrupellos ausgebeutet und geplündert haben; von professionellen Politikern, die treulose Vertreter des Volkes gewesen sind, und von Predigern, welche das Volk hintergangen und in die Irre geführt haben — alle miteinander geleitet und mißbraucht durch die sie beherrschende satanische Majestät, den Teufel. Bereits haben Satan und die losgelassenen Dämonen sich auch der Sinne der revolutionären Umsturz-Elemente der Menschheit bemächtigt, und sie schreiten zum Aufsteigen. Wenn nicht göttliche Macht eingreifen und Einhalt gebieten wird, so würde der Ausgang so über alle Maßen entsetzlich sein, daß die menschliche Sprache versagt, es zu beschreiben.

Zwischen organisierter Arbeit auf der einen und organisiertem Kapital auf der anderen Seite herrscht ein großer und gefährlicher Konflikt. Unrecht ist auf beiden Seiten vorhanden und beide müssen und werden in ihrem Bemühen, einander zu bezwingen und zu zermalmen, fehlschlagen. Es gibt nur eine einzige Möglichkeit, welche dieses große Harmagedon abwenden könnte. Sie ist durch den Propheten Jeremias zum Ausdruck gebracht und an folgende Bedingungen geknüpft: Wenn die Profitmacher aufhören würden, das Volk zu berauben und auszubeuten; wenn die Politiker ehrliche und aufrichtige Vertreter des Volkes sein würden; wenn die Geistlichen sich von dem unheiligen Bündnis lösen und die Wahrheit des Wortes Gottes predigen; und wenn das Volk Ruhe und Vernunft annehmen und in gesunder Denkart sich dem Worte des Herrn zuwenden und seiner Führung folgen würde, dann könnte das Reich Gottes ohne weitere Schwierigkeiten und Leiden beginnen. Sie werden es nicht tun.

Die glückliche Lösung.

Die glückliche Lösung in höchster Not wird in dem Worte Gottes durch seinen Propheten wie folgt angezeigt: „Ich werde alle Nationen erschüttern, und dann wird das Ersehnte aller Völker kommen.“ (Haggai 2, 7.)

Jesus, indem er von dieser Zeit großer Drangsal redet, sagt: „Wenn jene Tage nicht abgekürzt würden, so würde kein Fleisch gerettet werden; aber um der Auserwählten willen werden jene Tage verkürzt werden.“ (Matth. 24, 22.) Hieraus muß also gefolgert werden, daß viele Menschenleben gerettet und durch die Drangsal hindurch gebracht werden. Dies wird durch den Propheten Sacharja bestätigt, der auslegt, daß viele die Drangsal überleben und darum unter den ersten Teilhabern der Segnungen sein werden, welche der Herr für die Gehorsamen bereithält. (Sach. 13, 9.)

Der Apostel Paulus sagt, daß der Zweck des Wiederkommens des Herrn und der Aufrichtung seines Reiches der ist, die Lebenden und die Toten zu prüfen und zu richten. Daraus folgt, daß zu Beginn seines Reiches viele am Leben sein und die Gehorsamen weiterleben werden.

Der Apostel Petrus sagt, daß es eine Zeit der Erquickung sein wird, eine Zeit der Wiederherstellung aller Dinge, von welcher Gott durch den Mund aller seiner heiligen Propheten von jeher geredet hat. (Apostelgesch. 3, 19—24.) Die Aufrichtung des messianischen Königreiches bedeutet den Beginn des ersehnten goldenen Zeitalters, um welches Christen seit Jahrhunderten gebetet haben. Dies ist die von dem Propheten angekündigte Zeit, von welcher er sagt: „Wenn ein Geseßloser umkehrt von seiner Gesetzlosigkeit, die er begangen hat, und Recht und Gerechtigkeit übt: Er wird seine Seele am Leben erhalten; er soll gewisslich leben; er soll nicht sterben.“ (Hesekiel 18, 27—28.) Dies ist die Zeit, auf welche Jesus hinwies, indem er sagte: „Wenn jemand mein Wort bewahren wird, so wird er den Tod nicht sehen ewiglich.“ „und jeder, der da lebt und an mich glaubt, wird nicht sterben in Ewigkeit.“ (Johannes 8, 51; 11, 26.)

Die schreckliche, finstere Nacht, welche jetzt diesem großen Tage wunderbarer Segnungen vorangeht, wird nötig sein, um die Herzen der gedemütigten Menschen dem Herrn zuzuwenden, und alle, die sich ihm übergeben, werden zur Hilfe der Gesundheit und Kraft an Körper und Geist wiederhergestellt werden und für immer und ewig auf Erden leben.

Die Bibel zeigt somit, daß das Universalheilmittel für die Wunden und Leiden der Menschheit das messianische Königreich ist, welches heute vor der Tür steht, und daß es kein anderes Heilmittel gibt. Die Zeit ist gekommen, da das Volk wissen muß, daß Jehova Gott ist und Jesus Christus der König der Könige und der Herr der Herren. Der Herr will jetzt ein Volk als seine Zeugen auf der Erde haben, auf daß seine Pläne hinausgeführt werden, und er gebietet, daß „dieses Evangelium des Reiches (die frohe Botschaft zur Tröstung aller Trauernden) gepredigt werden soll auf dem ganzen Erdboden, allen Nationen zu einem Zeugnis, und dann wird das Ende kommen.“ (Matth. 24, 14). Alle Christen, welche den Herrn und die Gerechtigkeit lieben und die um das Kommen seines Reiches gebetet haben, mögen jetzt daran teilnehmen, die frohe Botschaft zu verbreiten, daß der Herr Jesus gegenwärtig, daß die jetzige Drangsal der Vorläufer großer Segnungen, und daß die Zeit zur Segnung der Menschheit mit Leben, Freiheit und Glückseligkeit herbeigekommen ist; darum verkündigen wir zuversichtlich, daß Millionen jetzt Lebender niemals sterben werden. Hierüber redend, sagt der Prophet Gottes: „Dann wird Gott sich des Menschen erbarmen und sprechen: Erlöse ihn, daß er nicht in die Grube hinabfahre. Sein Fleisch wird frischer sein als in der Jugend, und er wird zurückkehren zu den Tagen seiner Jugend.“ (Jes. 38, 24, 25.)

Alle, die trauern und weinen, werden sich erheben und frohlocken. Die Nacht der Drangsal wird bald vorüber sein, und bald werden sich die glückseligen Völker der Erde unter der Herrschaft des Messias an Frieden, Freiheit, Gesundheit und ewigwährendem Leben erfreuen.

„Der göttliche Plan der Weltrettung“ das weltbekannte Werk Pastor Ruffells beleuchtet Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im Lichte der Bibel.

unserer Existenz ist, das ist die Möglichkeit auch im polnischen Staate an unserm Volkstum festhalten zu dürfen, ohne daß uns deshalb eine differenzielle Behandlung zu Teil werden darf. Hat doch der Minderheitenschutzvertrag mit dem Begriffe der vollständigen Minderheit einen neuen Organismus Daseinsberechtigung gegeben, dessen Lebensenergie sich aus dem Volkstum seiner Einzelmitglieder herleitet. Daß Sie, Herr Ministerpräsident, diesen grundlegenden Gedanken überaugen haben, läßt in Ihren Ausführungen eine Lücke, die wir dringend ausfüllen bitten. Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, wollen einen Nationalstaat nennen, gut, wir werden um Worte nicht streiten. Wenn Sie aber aus dieser Feststellung ableiten wollten, daß wir nicht das Recht hätten, unsere völkische Eigenart zu pflegen, so könnten wir Ihnen auf Ihren Wegen nicht folgen. Wir stellen hier in aller Form und mit allem Ernste fest, daß uns gerade die Tatsache der Pflege unserer völkischen Eigenart immer wieder als Nothwendigkeit ausgelegt worden ist, daß noch immer nicht Organisationsformen, die sich diese Pflege zur Aufgabe gemacht haben, die behördliche Genehmigung erhalten haben, daß man uns aus unserem Kommando mit den deutschen Volksgenossen außerhalb der Staatsgrenzen den Vorwurf des Staatsverrats gemacht hat. Wir müssen diesen Vorwurf aufs Entschiedenste zurückweisen! Wir haben uns in unserer Gesamtheit nicht die geringste Nothwendigkeit gegenüber dem Staate zu Schulden kommen lassen, und wir würden es bedauern, wenn der Herr Minister an uns Deutsche gedacht haben sollte, als er glaubte, belonen zu müssen, daß diejenigen, die auf Stimmen aus dem Auslande hören, um im gegebenen Momente die bürgerliche Nothwendigkeit gegenüber dem Staate zu verleugnen, die starke Hand des Staates würden fühlen müssen. Wir sind aufs engste mit unserem Staatswesen verbunden, und wir haben es, wie wir meinen, durch 4 lange Jahre bewiesen, daß wir es mit der Erfüllung unserer staatsbürgerlichen Pflichten ernst nehmen. Sogar welche Vorbehalte bei Zustimmung des staatlichen Schutzes und der staatlichen Fürsorge sind also uns gegenüber nicht am Platze. Wir dürfen daher erwarten, daß der Herr Ministerpräsident das Versprechen, die loyalen Staatsbürger dieses Schutzes und dieser Fürsorge teilhaftig werden zu lassen, schnellstens in die Tat umsetzt. Bisher war uns gegenüber immer und immer wieder nur Rechtsmache und Hinausstreben die Lösung des Tages. Wir betonen mit aller Entschiedenheit, daß wir es ablehnen, uns die Qualifikation eines loyalen Staatsbürgers dadurch zu erwerben, daß wir unser Volkstum verleugnen. Wie es dem Polen im Auslande — in Deutschland, in Amerika und wo immer es sei — heißt, nicht ist, sein Volkstum unverfälscht zu wahren, und wie er sich trotzdem als guter Bürger seines Wahlortes fühlt, so nehmen auch wir Sie in Anspruch, auf unser Volkstum stolz sein zu dürfen und dieses Volkstum auch als loyalen polnischen Staatsbürger ungehindert zu pflegen. Wir dürfen um so höher auf unser Volkstum sein, wenn wir uns rückwärtig vergegenwärtigen, was das Land deutschem Fleiß, deutschem Können und deutscher Intelligenz dankt. Wir vermögen nicht einzusehen, warum sich nicht auch heute und in der Folge unsere Eigenart in freier Entfaltung zum Segen des Staates auswirken sollte. Wenn uns der Minoritätenschutzvertrag zur Erhaltung und zur Pflege unseres Volkstums besondere Rechte auf kulturellem Gebiete zuerkannt hat, Rechte, die — worauf der Herr Ministerpräsident ja hinwies — auch in unserer Verfassung verankert sind, so sind alle diese Sanktionen papierene Lettern geblieben. Der Minoritätenschutzvertrag datiert vom Jahre 1919, die Verfassung vom Jahre 1921! Entgegen den dort festgestellten Rechten ist in den vergangenen Jahren bis auf den heutigen Tag alles getan worden, die deutsche Schule zu zerstören. Seien Sie, daß die polnischen entsprechenden Institutionen der Zentrale in der Hand hatten, sei es, daß sie, nationalitätsmäßig eingestellt, den Intentionen ihrer Vorgesetzten am besten zu entsprechen glaubten, wenn sie den öffentlichen Willen entgegenhandelten: tatsächlich ist der Erfolg ihrer systematischen, ständigen Arbeit, daß das insbesondere in den Westmorlen einst so blühende deutsche Schulwesen in Trümern liegt. Man hat uns unsere Schulgrundstücke, unsere Schulgebäude, die wir und unsere Väter aus eigenen Mitteln aufgebaut hatten, weggenommen; man hat uns immer wieder daran gehindert, andere Gebäude zur Einrichtung von deutschen Privatschulen zu erwerben, man hat die alten deutschen Lehrer dadurch zur Abwanderung veranlaßt, daß man von ihnen in kürzester Frist die Erlernung der polnischen Sprache verlangte — eine Unmöglichkeit für alle die, die in überwiegend oder rein deutschen Gemeinden amtierten. Und heute, nachdem wir uns, so gut es gehen konnte, Hilfskräfte für die Unterrichtserteilung herangeholt haben, befreit man ihnen die Lehrbefähigung; den femininistisch vorgebildeten Deutschen aber werden Schwierigkeiten bei der Anstellung gemacht. Endlich sollen vollqualifizierte Lehrpersonen, die deutsche Reichsangehörige sind, auch an deutschen Privatschulen nicht mehr unterrichten dürfen. Dazu kommen die bekannten Machenschaften, die uralte Schulsysteme in die einzelnen Ortschaften auseinanderreißen, damit die Schülerzahl unter 40 herabgedrückt wird und

Poincarés Stellung erschüttert?

Unzufriedenheit in Frankreich mit den Ergebnissen der Ruhraktion.

London, 22. Januar. Der Pariser Korrespondent der „Times“ meldet aus Paris, daß die unerwartete deutsche Opposition im Ruhrgebiet in französischen Regierungskreisen sowie in der Öffentlichkeit große Beunruhigung hervorgerufen habe. In parlamentarischen Kreisen reißt sogar der Entschluß, die Aktion im Ruhrgebiet zu liquidieren. Derselbe Korrespondent teilt mit, daß im Zusammenhange mit der Unzufriedenheit der fran-

zösischen öffentlichen Meinung eine Regierungskrise möglich sei, die den Rücktritt Poincarés zur Folge haben kann. Die Angelegenheit soll in der Weise erledigt werden, daß bei den nächsten im Februar stattfindenden Wahlen für die Pariser Advokatenkammer die Kandidatur des derzeitigen Premiers aufgestellt werden wird. Poincaré wird diese Würde annehmen und den Posten des Premierministers niederlegen.

so der Anspruch auf eine öffentliche Schule wegfällt; bald wieder werden Umschulungen demselben Ziele dienstbar gemacht, bald muß die Umwandlung einer Sozialtats in eine Kommunaltschule dazu herhalten, die alte deutsche Kulturstätte zu vernichten und die Polonisierung unserer Kinder einzuleiten.

So sieht die Freiheit in der Pflege unserer kulturellen Eigenart und die Fürsorge des Staates für das deutsche Schulwesen aus!

Wir wollen hoffen, Herr Ministerpräsident, daß es jetzt anders werden wird. Es gehört in der Tat ein eifriger Wille dazu, hier Wandel zu schaffen! Eine grundlegende Veränderung des ganzen Systems! Wenn Staatsräten, Polizeibeamten und Schulmännern weiter dem Majoritätsprinzip angeschlossen dürfen, einem Verein, der sich als Hochburg nationaler Tendenzen die Entdeutschung des Landes zum Ziele gesetzt hat, so ist es ausgeschlossen, daß die anders gerichteten Intentionen des Herrn Ministerpräsidenten ihre Verwirklichung finden.

Der Herr Ministerpräsident hat sich zu den bestehenden internationalen Verträgen bekannt, und er hat dankenswerter Weise in anerkennenden Worten auch das hohe Völkerbundesgebot. Wir teilen daraus die Hoffnung her, daß der Herr Ministerpräsident den Polen und Wünschen dieses hohen Aupags mehr Bedeutung beimessen wird, als wie dies unter seinem Amtsvorgänger der Fall war. Bekanntlich hat eine vom Völkerbundrat eigens zu diesem Zweck eingesetzte Kommission am 30. September v. J. dahin votiert, daß Polen verpflichtet gewesen ist, die vom preussischen Staate mit den Domänenpächtern und Anwohnern geschlossenen Verträge zu revidieren. Die Kommission hat ferner den Begriff des Gebietspolen in der Weise umgrenzt, wie wir ihn im Gegensatz zu der Auffassung unserer Regierung verstanden hatten. Zu unserem lebhaften Bedauern hat sich die polnische Regierung über dieses Votum hinweggesetzt. Die Anwohner sind nach wie vor aus ihren Anwesen verdrängt worden und Hunderte von hier geborenen Deutschen, die seit Generationen im Lande heimisch sind, sind gleichwohl nicht als polnische Staatsbürger anerkannt und von den Wahlen zum Sejm ausgeschlossen worden. Die unteren Instanzen erklärten uns auf unsere Vorstellung, „was ginge dem polnischen Staat der Völkerbund an“, also wie wir dann schließlich bei dem Herrn Ministerpräsidenten Vorstellend wurden, wurde uns bedeutet, daß selbst wenn jenen Votum die Bedeutung eines Völkerbundspruchs beizumessen wäre, sich doch die Regierung nicht durch den Spruch gebunden fühlen könne, wenn die Staatsnotwendigkeiten eine andere Richtung wiesen. Wieder die berühmte Purifikationstheorie! Soll diese Art des Völkerbundes zum Völkerbunde nun zu den internationalen Verträgen auch weiterhin maßgebend bleiben? Es ist ein Leichtes, sich an Verträge und an die Entscheidungen höchster internationaler Gerichtshöfe für gebunden zu erklären, wenn diese Bindung nur so lange gelten soll, als die Entscheidung oder die Vertragsauslegung den Wünschen der Staatslenker entspricht. Wenn die Regierung selbst im internationalen Verkehr ihr Wort und ihre Unterschrift so leicht nimmt, dann dürfen wir auch die uns von dem Herrn Ministerpräsidenten erneut gegebene Zusage bürgerlicher Gleichberechtigung noch nicht als genügend ansehen, sondern müssen erwarten, daß er uns bindende und konkrete Zusagen gibt. Ist das Vertrauen erst einmal erschüttert, dann läßt es sich nicht von heute auf morgen wieder gewinnen.

Wir können leider nicht ganz davon absehen, noch kurz zu den Ausführungen des Ministerpräsidenten über die auswärtige Lage Stellung zu nehmen, auf die Gefahr hin, auch wieder von den uns feindlich gesinnten Elementen als die Schrittmacher Berliner Aspirationen gebrandmarkt zu werden. Nichts anderes als die Sorge um unsere Heimat, um die Existenz unseres Staates heißt uns reden, wo Schweigen, Feigheit oder Nichtbeachtung wäre.

In dem einschlägigen Passus des Gyro's wurden an allererster Stelle die freundschaftlichen Beziehungen zu

Frankreich überaus stark unterstrichen und Frankreich mit Polen an der Seite wurde als der Hort des europäischen Gleichgewichts gefeiert. Dann wurde in schmeichehaften Worten der Beziehungen zu vielen anderen Staaten gedacht, darunter zu Japan, zu den Nordstaaten und zu China, und dann erst zum Schluß wurde in geschäftsmäßig nüchternem Ton der Hoffnung Raum gegeben, zu freundschaftlichen Beziehungen auch mit den beiden Nachbarstaaten Deutschland und Rußland zu gelangen.

Wir wollen uns in unserer Fragestellung und in unserer Kritik am besten Gebiete der hohen Politik gern die gebotene Reserve anerkennen, denn wir wissen sehr wohl, daß Dinge, die in der Entwicklung begriffen sind, dadurch nicht schneller reifen, daß man sie vorzeitig berührt. Aber mit einer Frage können wir nicht zurückhalten: Sollte Polen heute nicht für die Erkenntnis reif sein, daß es mehr als bisher seiner Lage in Osteuropa Rechnung zu tragen hat? Möge Deutschland und Rußland heute auch innerlich zerrüttet sein — an pulsierender Lebenskraft, die doch letzten Endes die Zukunftsentwicklung eines Staates bestimmt, haben sie nichts verloren, wenn nicht gar gewonnen. Sie werden ausschlaggebende Figuren auf der europäischen Bühne bleiben! So ergibt sich für Polen aus seiner geographischen Lage mit zwingender Notwendigkeit der enge Anschluß an diese um so viel größeren Nachbarstaaten. Polen ist heute der gesündeste und der gefestigste unter den drei Staaten. Sollte es daher nicht gerade an ihm sein, den Weg zu einem freundschaftlichen Verhältnis zu bereiten? Das wäre Weltpolitik! Mit solchem Tun würde das Gleichgewicht Europas besser gesichert, als durch Bajonette und Kanonen.

Daher wir an der schnellen und reifen Verständigung mit Deutschland ein besonderes Interesse haben, ist eine Selbstverständlichkeit. Denn aus der Tatsache, daß heute — 4 Jahre nach Beendigung des Weltkrieges — noch immer wichtige Fragen ungelöst sind, die die politische Neugestaltung der Dinge hat auflösen lassen, hat sich für uns — soweit wir von jener Ungestaltung unmittelbar berührt wurden — ein Zustand der Unsicherheit ergeben, unter dem wir schwer zu leiden haben, und der vielen von uns die Orientierung ungeheuer erschwert. Es ist geradezu ein unerträglicher Zustand, daß viele von uns heute noch nicht wissen, ob sie polnische Staatsbürger oder deutsche Reichsangehörige sind. Schon vor Monaten wies der Vorsitzende unserer Dresdener Delegation, Herr Olszowski, in seinem Pressecommuniqué darauf hin, daß an erster Stelle die Frage der Optanten einer schnellen Erledigung zugeführt werden müsse. Aber noch heute laufen die Dresdener Verhandlungen weiter und viele Deutsche wissen nicht, ob ihre einseitig abgegebene Optationserklärung gilt, ob sie durch eine Erklärung vor dem anderen Staate ergänzt werden muß, ob sie als unter Zwang abgegeben zurückgenommen werden kann usw. Was hat es mit der Unterbrechung des Wohnsitzes für eine Bewandnis, die unter Umständen die Veränderung des polnischen Staatsbürgerrechtes hindern soll? Alle diese frivolen Dinge sollten doch wohl endlich ihre Klärung finden, damit für jeden Deutschen im Lande aber auch für unsere Amtsstellen klare Verhältnisse geschaffen werden und damit nicht immer wieder Zweifel darüber entstehen können, ob wir nun wirklich polnische Staatsbürger sind oder ob wir etwa den plötzlichen Verlust unseres vermeintlichen Staatsbürgerrechtes zu gewärtigen haben.

Auch in Dresden sind wir wieder nur Objekt der Verhandlungen. Wir bitten den Herrn Ministerpräsidenten dringend, daß unsere Interessen nicht pari passu mit irgend welchen Wirtschaftsmerten als willkommenes Austauschobjekt angesprochen werden, sondern daß wir als Kinder unseres Landes auf die Befürwortung und die nachdrückliche Vertretung unserer Wünsche rechnen dürfen.

Unser polnischer Staat wird sich der Deutschen, denen er seine Fürsorge zuwendet, nicht zu schämen brauchen. Jeder von uns ist mit seiner Person das beste Unterpfand für ein dauerndes freundschaftliches Verhältnis zum deutschen Nachbarlande und nichts bürgt besser dafür, daß der Reichsangehörige polnischer Nationalität sich in Deutschland aller Freiheiten wird erfreuen dürfen, als die fürsorgliche Behandlung, die dem polnischen Bürger-deutschen Stamme zu Teil wird. So dürfen wir völkisch

Wunderheiten haben und brücken die Brücke zwischen den beiden Nachbarstaaten werden und damit einem Werke dienen, dessen Bedeutung über den Tag hinausreicht.

Dann werden auch unsere Widersacher im Lande erkennen, daß die deutsche Minderheit in Polen nicht als ein unerwünschter Fremdkörper, sondern als ein wichtiges, nicht zu entbehrendes Glied unseres Staatskörpers zu gelten ist.

Der Weg zu Rettung.

Von

Dr. Eduard von Behrens.

„Und es kommt die Zeit wo es weder „Juden“ noch „Hellenen“ geben wird, und alle werden wie eine Gottesherde sein.“
Das Evangelium.

Als ich vor einigen Tagen das Stenogramm des Expose des Ministerpräsidenten Sikorski las, da war ich gespannt darauf, auf die Stelle zu stoßen, wo ein mutiger Geist den kummervoll lautenden Willkuren ein neues, ein großes, ein mutiges Wort der Erlösung ertönt, wo er den Weg zur Erlösung aus unserem politischen und wirtschaftlichen Elend zeigt. Es ist uns allen jetzt wohl schon ganz klar geworden, daß es so wie bisher nicht weiter gehen kann. Ganz neue Wege müssen beschritten werden. Nicht diejenigen, die ein Bein oder ein Arm eingeklemmt hat, da Blut und Gewalttätigkeit ja noch nie Brot und Frieden zu bringen und zu sichern vermochten — sondern ganz andere Wege. Wir hatten erwartet, daß uns diese anderen Wege von dem energischen Freunde Pilsudski gewiesen würden, und zwar sollten dies die Wege einer weisen Einsicht in Europas Elend und eines klugen Verstandnisses für die uralte Wahrheit: „Wie heute dir, so morgen dir“ sein.

Diese Worte aber habe ich in dem Stenogramm nicht gefunden, und das ist es, was mich mit tiefster Besorgnis erfüllt. Welchen Nutzen haben wir davon, daß das Oberhaupt unserer Regierung mit der ehrlichen Offenherzigkeit eines braven Soldaten rückhaltlos die Erbfinden seines Volkes beleuchtet? Höchstens den, daß die persönliche Achtung für ihn als für einen ehrlich-fühlenden Mann in uns gestiegen ist. Welchen realen Nutzen haben wir davon, daß man uns unseren ganzen finanziellen und wirtschaftlichen Jammerzustand vor Augen führt: „Seht da und — erztittert?“

Sparen. Opfern. Arbeiten. Hungern und noch mehr arbeiten und dann noch mehr: Opfern. Sparen. Arbeiten. Und: zahlen, zahlen, zahlen. Das ist das Programm Sikorskis. Es ist ehrlich ausgedacht, ehrlich ausgesprochen und — ehrlich gemeint.

Aus diesem Grunde wollen auch wir ehrlich diese seine Vorschläge behandeln.

Ich glaube, daß die Vorschläge des Generals Sikorski im Grunde genommen auch richtig sind. Europa hat vier Jahre lang ein blutiges Gelage gefeiert und Milliardenwerte vergeudet. Es hat jetzt die Züge zu bezahlen. Bis ins siebente Glied sollen die Kinder für die Sünden ihrer Väter zahlen, die diese 1914—1918 begangen haben und noch bis heute am Rhein und an der Ruhr, am Dnjepr und an der Wolga, am Bosphorus und am Euphrat, am Nil und Indus begehen. Denn so lautet das ewige, das ewige, heilige und göttliche Urgebot der Weltgarnison, der Vergeltung für alles Böse und — für alles Gute. Für Alles — ohne die geringste Ausnahme.

Mit bebendem Herzen las ich die ersten Worte unseres offenerzigen Ministerpräsidenten, wo er in richtiger Erkenntnis der Sachlage mit einem Unterton von Trauer über die Mängel der Minderheit der polnischen Nation redete. Ich erwartete als logischen Abschluß dieser seiner Worte eine folgende Aussage: „Meine Herren! Wir sehen,

Früh wieder, früh auf,
Verlängert seinen Lebenslauf.

Die Tochter des Ministers.

Roman von Ernst Georgy.

(46. Fortsetzung).

(Nachdruck verboten).

Vor ihr stand der Laufjunge. „Sie möchten sofort zur Prinzipalin kommen.“

Gertrud erhob sich, ordnete hastig ihre fertigen Arbeiten und trug sie auf den Tisch einer Nebenabteilung, an dem ein Herr saß, der die Kartons mit Stücknummern und Preiszeichnungen versah.

„Nu wird sie fliegen lernen!“

„Gott sei Dank, nu wird die Luft rein!“

Diese freundlichen Bemerkungen klangen hinter Gertrud drein, als sie, die Schürze und das Haar glättend, schnellen Schrittes dem Privalkontor zuwies.

Hier brannte schon das elektrische Licht. Frau Angelt war allein. Sie wandte sich um, wies auf einen Stuhl und sah das blasse Mädchen aufmerksam an. „Ich hatte Sie gebeten, Vertrauen zu mir zu haben, Fräulein Meinhard.“

„Sie haben es mir versagt.“

„Darf ich um eine nähere Erklärung bitten, gnädige Frau.“ Ich verstehe Ihre Worte nicht ganz,“ sagte Gertrud.

„Warum sind Sie nicht längst zu mir gekommen, ehe sich alles so zuspitzte, Kind? Herr Erk hat mir alles mitgeteilt. Sie geben sich redlichste Mühe und arbeiten zu unserer vollsten Zufriedenheit. Aber man läßt Sie nicht in Ruhe, man verfolgt Sie mit Gehässigkeiten.“

„Ich halte mich ganz für mich und überhöre und übersehe alles, gnädige Frau, die Mädchen können mich nicht beleidigen!“

daß die Folgen des Weltbrandes, welcher lediglich als Ausfluß des künstlich geschürten Nationalhasens und als eine Folge der künstlichen Zerspaltung der christlichen Völkerschaften untereinander einzuschlagen ist, sowohl unsere junge Republik, als auch die meisten anderen Staaten Europas an den Rand des Abgrundes geführt hat. Um dem katastrophalen Sturz vorzubeugen, müssen wir eiligst den steilen Weg der gegenseitigen Befriedung auf allen Gebieten verlassen und ganz neue Wege einschlagen versuchen. Wenn es richtig ist, daß unser heutiger Jammer die unausbleibliche Folge der vor 1914 betriebenen Staatenpolitik ist, welche ganz Europa in zwei sich haßerfüllt und mißtrauisch gegenüberstehende Lager spaltete, so will Polen, durch den Weltkrieg eines besseren belehrt, dieses faule Spiel wenigstens jetzt nicht mehr mitmachen, um keine Verantwortlichkeit auf sich laden. Wir wollen nichts mehr von „Siegen“ und „Besiegen“ wissen! Polen will weder von einer großen noch von einer kleinen Entente, noch aber von einer Deutsch-Russisch-Polnischen Allianz etwas wissen! Wollen wir wieder den blutigen Kampf zwischen einem Dreieck und einer Entente, der uns alle zu armen Leuten machte, vorbereiten helfen? — Meine Herren! Wir haben gesehen, was sich aus der falschen antidemokratischen Einstellung der inneren Politik der äußerlich scheinbar mächtigsten Staaten Europas ergeben hat: der Ruße in Petersburg, der Deutsche in Wien und Berlin, der Ungar in Budapest und der Türke in Istanbul bedrückten den Polen, den Finnen, den Letten, den Südslawen, den Tschechen, den Esten, den Rumänen und den Litauer. Genau so wie die meisten in Warschau und in Polen heutzutage, so glaubten die verbündeten Politiker der jetzt in Trümmern liegenden einst so stolzen Kaiserreiche, die Macht ihrer Nation durch Hinstellung der Andersstämmigen und Andersgläubigen festigen zu können. Haß und Verrat ertasteten sie, als die schwere Stunde der Prüfung kam. — Meine Herren: ich lade Sie heute ein, mit auf dem Wege zu folgen, den die Heimat eines Teil, eines D'Israeli und eines Washington zurücklegten, bis sie sich zu dem Glanz ihrer heutigen Wohlfahrt und ihres heutigen Ruhmes emporgearbeitet hatten! Überwinden wir Polen die Gefühle der Rache, des Hasses und des Mißtrauens und strecken wir unsere Hand dem Russen, dem Deutschen und dem Juden ohne jegliche Hintergedanken entgegen. Dann es geht uns ja allen so jämmerlich schlecht. Wer soll uns denn helfen, wenn wir alle, die 27 Millionen Bürger eines und desselben Staates, uns nicht gegenseitig unter die Arme greifen? Nicht nur auf dem Papier, nicht nur pro forma wollen wir Demokratie, Freiheit und Gleichheit verkünden, sondern in der Praxis, in gemeinsamen Anstrengungen wollen wir versuchen, uns aus der Klemme zu reißen! Haß und Benachteiligung sind schlechte Bausteine. Als Mehrheit in diesem Lande steht das edle und freimütige Polenvolk, seiner eigenen frischen Narben eingedenk, auch, ihr Deutschen, Russen und Juden Polens, in meiner Person mit autem Beispiele voran und fordert die Herren Vertreter aller Völkerschaften dieser Republik auf, zu diesem meinem Programm eines gründlichen Staatsaufbaus Stellung zu nehmen.“

Dieses große erlösende Wort habe ich von General Sikorski, dem Intenfrunde Pilsudski und Wojciechowski erwartet, als ich sein Exposé las.

Das große Wort ist nicht gefallen. Wann wird endlich unserem Lande ein Washington ersichen?

Kurze telegraphische Meldungen.

In ganz Rumänien wüten ungeheure Schneestürme, die in vielen Fällen eine Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs verursachten.

Frau Angelt lachte. „Also gut, Sie wollen nicht die Angeberin spielen, und ich schäme das hoch ein. Nun wollen wir uns doch einmal ausprobieren, liebes Fräulein. Welches sind Ihre Zukunftspläne?“

Gertruds Augen erweiterten sich in innerer Qual. „Diese Frage gleicht einer Kündigung. Sie wollen mich entlassen?“

„Nein, aber bei uns kommen Sie doch nicht weiter. Ich habe viele Beziehungen und kann Sie mit einer Empfehlung überall unterbringen.“

„Gnädige Frau, ich höre aus Ihrem Sprechen bei aller Güte doch immer nur den Wunsch heraus, mich aus Ihrem Geschäft zu entfernen!“

Frau Angelt nickte kühn über ihr Gesicht. „Und Sie hören richtig und falsch zugleich. Bitte, liebes Kind, sagen Sie mir nur das eine: Sie können und wollen in Ihr Elternhaus nicht mehr zurück?“

„Nein!“

„Gut! Und wollen Sie mir auch eine kleine Andeutung machen, was Ihr Vater ist?“

„Er gehört zu unserer — hohen — Staatsbeamtenschaft!“

„Sehen Sie, das dachte ich mir! Seien Sie unbesorgt. Es bleibt unter uns! Ich will mit Ihnen jetzt als wohlmeinende, mütterliche Freundin sprechen, liebes Fräulein Meinhard.“ Frau Angelt legte ihre Hand auf den Arm ihrer Nachbarin und beugte sich zu ihr. „Was Ihnen hier bei uns begegnet ist, wird Ihnen überall wieder begegnen, wenn Sie in andere Geschäfte kommen. Ich habe Ihnen einen anderen Vorschlag zu machen. Sie müssen eine Arbeit finden, die Ihnen mehr entspricht und doch Zeit läßt, sich weiterzubilden.“ Sie sah Gertrud an, die

Parlamentsnachrichten.

Sitzung des Sejm vom 23. Januar.

Die Schlussverhandlungen über das Exposé des Ministerpräsidenten — Vertretersvotum für die Regierung Sikorski.

Abg. Chyl bringt eine Verbesserung zum Gesetz vom 4. April 1922 ein, bezüglich der Verpflichtung der städtischen Selbstverwaltungen, den Abgeordneten und Senatoren die Beschaffung von Wohnungen zu erleichtern. Das Gesetz und die Verbesserung werden in dritter Lesung angenommen.

Abg. Spidermann spricht hierauf namens der deutschen Sejmfraktion zum Exposé des Ministerpräsidenten Sikorski. (Der Wortlaut der Rede finden die Leser auf der ersten Seite dieses Blattes. Die Schrift.)

Abg. Korfanti: Alle betrachten die Regierung Sikorski als getreulich. Eine Ausnahme bildet nur der Herr Ministerpräsident selbst, der seine Regierung als eine ständige anseht. Redner ist der Ansicht, daß die Bürger anderer Nationalitäten, sofern sie auf dem Boden der polnischen Staatlichkeit stehen, berechtigt sind die verfassungsmäßigen Rechte zu genießen. Von diesem Standpunkt aus polemisiert Korfanti mit den Erklärungen der Abgeordneten Spidermann und Thon und fordert die Polen auf, sich zu vereinigen. Redner glaubt nicht an eine schnelle Einigung der Wählgang (Nurbe und verschiedene Zwischenrufe). Eine Sparsamkeit auf dem Gebiete der Schulen sei unmöglich, da wir in den östlichen und westlichen Grenzgebieten hohe Missionen zu erfüllen haben. Wir fordern, daß der Einfluß der Kirche auf die Erziehung gestiftet werde, da die Kirche die beste Erzieherin ist.

Nach einer halbständigen Unterbrechung ergreift der Abg. Taraszkiewicz (Weißrussischer Klub) das Wort und fordert die sofortige Einstellung der künstlichen Kolonisierung und Liquidierung der militärischen Ansiedlungen, Agrarreform, kulturelle Autonomie für die weißrussische Bevölkerung, Zulassung der weißrussischen Sprache in Selbstverwaltungs-, Verwaltungs- und Gerichtswesen, Gewerkschaften und freie Wahl der Friedensrichter sowie eine territoriale Reorganisation. Zur Regierung Sikorski, sagt Redner, habe seine Partei verschiedene Vorbehalte zu machen.

Abg. Machowicz erklärt, seine Partei heiße den Standpunkt des Ministerpräsidenten in der Minderheitenfrage gut.

Der Marschall erklärte, daß als Ergebnis der Verhandlungen folgender Antrag eingebracht worden ist: Der Sejm nimmt die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten zur Kenntnis.

Ueber diesen Antrag wird abgestimmt.

Der Marschall stellt fest, daß sich für den Antrag die absolute Mehrheit der Kammer erklärt habe (Stürmischer Beifall links und im Zentrum).

Warschau, 23. Januar. (Nat.) Die für heute angesetzte Vollziehung des Senats wurde auf Mittwoch, den 31. Januar verlegt.

„Niemand kann zweien Herren dienen.“

Dem „Express Poranny“ zufolge haben leitende parlamentarische Kreise die Nachricht erhalten, daß der heilige Stuhl von den Senatoren Erzbischof Teodorowicz und Bischof Sapieha kategorisch die Niederlegung ihrer Senatsmandate gefordert.

erwartungsvoll schweig. „Und ich hoffe, das Richtige gefunden zu haben.“

„Wie gültig Sie sind!“

Hören Sie erst zu und lassen Sie sich die Sache durch den Kopf gehen! Eine Bekannte von mir ist Zahnärztin geworden. Bis jetzt hat sie in der Praxis eines unserer besten amerikanischen Professoren hier mitgearbeitet, um sich technisch noch zu vervollkommen. Jetzt aber will sie in meine und ihre Heimatstadt Breslau zurückkehren und sich dort niederlassen. Fräulein Karnach braucht nun dringend eine Empfangsdame, die ihr die Wirtschaft führt und während der Sprechstunden zur Seite ist und Handreichungen leistet. Ein Dienstmädchen ist vorhanden. Fräulein Karnach kann vorläufig, bis ihr Beruf, woran wir nicht zweifeln, ein großes Einkommen bringt, nicht mehr als fünfzig Mark monatlich bei freier Wohnung und Verpflegung bewilligen. Aber — das Gehalt steigt, und Ihnen wird Zeit genug bleiben, sich weiterzubilden. Meine Freundin, ich kann Sie wohl so nennen, ist ein ganz prächtiger, edler Mensch, heiter, etwas derb und burschikos; aber — Frau Angelt unterbrach sich und blickte etwas bestürzt auf Gertrud.

Gertrud begann plötzlich zu zittern, barg das Gesicht in den Händen und brach in wildes Schluchzen aus.

„Kind, was haben Sie? Um Gottes willen?“

Erst nach einer geraumen Weile hob die Gefragte den Kopf. „Und Sie glauben, Ihr — Fräulein Freundin — würde — mich — nehmen, Frau Angelt?“

„Aber gewiß, sie ist sehr einverstanden und wird heute abend bei mir sein. Ich nehme Sie gleich von hier aus mit zu mir. — Was ist Ihnen denn, liebes Fräulein?“

(Fortsetzung folgt).

der habe. Es verlaute, daß man sich in den politischen Gruppierungen, die diesen beiden Senatoren nahestehen, mit dem Gedanken trage, eine Abordnung an den Papst zu entsenden, die ihn um die Zurückziehung seiner Anordnung ersuchen soll.

Die Forderung des Vatikans stützt sich auf das Dekret der römischen Kurie vom April vorigen Jahres, das die Bemühung um ein Senatsmandat von einer Genehmigung des heiligen Stuhles abhängig macht. Eine solche Genehmigung haben die beiden kirchlichen Würdenträger nicht erhalten.

Tagung des Völkerbundes am 29. Januar.

Paris, 28. Januar. (Pat.) Wie endgültig festgelegt wurde, wird die nächste Tagung des Völkerbundes am 29. Januar in Paris eröffnet.

Paris, 28. Januar. (Pat.) Heute fand hier eine Sitzung der Finanzkommission des Völkerbundes in der Frage der Regelung der österreichischen Finanzen statt.

Wie von einem Begräbnis...

Getreuer Bericht von der letzten Synode von J. Will.

(Schluß.)

Der zweite Tag der Beratungen beginnt am 10. Januar d. J. um 11.30 Uhr vormittags. Protokolle werden nicht verlesen. Dagegen verliest Synodaler Uita im Namen der Lodzer Gruppe eine Erklärung, daß diese die am Vorabend durch die Warschauer gefassten Beschlüsse nicht zur Kenntnis nehmen. (Es war beschlossen worden, am 10. 1. die Diskussion über den Antrag Ewert zu eröffnen, diesen Antrag gegen den Lodzer § 36 zu verteidigen und zu behaupten.)

Professor Bursche bringt einen Anklageantrag gegen Uita ein, der nach Weggang der Lodzer Gruppe auf die Galerie gestiegen war und sich von dort aus in die Beratungen der Warschauer eingemischt hatte.

Synodaler Uita erklärt und begründet sein Verhalten.

Der Generalsuperintendent betont nun, daß der gestrige Beschluß der Synode bindend sei, da von 161 Synodalen 81 zurückgeblieben waren. Somit unterliege „§ 36“ einer Abänderung. In seiner jetzigen Fassung könne er nicht stehen bleiben.

Und nun spielt sich eine unendlich widerliche Szene ab, die sich um den Synodalen Uita dreht. Die Warschauer gebärden sich wie... na, wie kleine, launische Kinder. Der Lärm währt bis 2.30 Uhr. Schließlich, als über eine Fingerringe, bricht sich vielleicht ein ander Mal, wenn wir mehr Zeit zu Verfügung steht.

Die Nachmittags-Sitzung beginnt um 4.30 Uhr. Die Diskussion über § 36 wird eröffnet. Der Antragsteller Ewert begründet seinen „Verbesserungsvorschlag“, der die kirchliche Gesinnung der Synodalen festerstelle.

Pastor Nedra tritt vermittelnd auf. Er stellt fest, daß der Warschauer „Verbesserungsantrag“ unter falscher Flagge setze. Er komme den Wünschen der Lodzer nicht entgegen. Redner weist im Antrag enthaltene Widersprüche nach. Weist auf die Gefahr hin, daß er zum Mißbrauch verleiten könne, da er die Möglichkeit beziehe, viele kleine Gemeinden zu gründen, um auf diese Weise die Deutschen zu „minorisieren“ (Punkt 4 des Antrags Ewert). Jedoch verlange der Lodzer § 36 durchaus auch eine Verbesserung und Garantie für die Warschauer Seite. Redner sieht diese in folgendem Zusatz Nedra zu § 36 enthalten:

„Der Bischof ist Vertreter der Gesamtkirche und wird auf Lebenszeit gewählt. Die Wahl des Bischofs muß mit zwei Dritteln Mehrheit der Synode erfolgen. Ist diese auf einen Kandidaten nicht zu vereinigen, so stellt die (polnische W.) Minorität einen Gegenkandidaten auf. Beide werden der Regierung präsentiert, die einen von ihnen bestätigt. Der Vizepräsident ist Beauftragter der Synode und wird auf 8 Jahre gewählt. Die 8 Mitglieder des Konföderiums gehen aus Verhältniswahlen hervor.“

Endlich richtet der Redner einen warmen Appell an beide Gruppen, weiterhin zusammenzubleiben.

Die Lodzer Gruppe erklärt sich mit dem § 36 in der Verbesserung Nedra einverstanden.

Anderer der Generalsuperintendent. Er dankt zwar Pastor Nedra für dessen sachliche Kritik. Mannt aber seinen Verbesserungsantrag rundweg eine Utopie. Er könne dem Staate unmöglich solch entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung unserer kirchlichen Entwicklung einräumen. Es werde unter solchen Umständen niemand Generalsuperintendent sein wollen. Man merke, daß Pastor Nedra ein Gast in unserer Kirche sei.

Synodaler Glas verteidigt den Antrag Ewert und kritisiert den Begriff „Demokratie“. Betont, daß auch in der Kirche der Grundsatz des Spezialismus (hier Klerikalismus W.) festgehalten werden müsse. Es könne künftig nicht irgend jemand vom Pfluge weg oder von der Straße unter dem Eindruck der Agitation in die Synode gewählt werden. Diesem heuge Punkt 4 des Antrags Ewert vor.

Pastor Bierich ent spricht für den Antrag Nedra.

Er wünscht, an Schweizer Verhältnisse anknüpfend, daß auch bei uns Polen und Deutsche in einer Kirche friedlich beisammen wohnen möchten.

Pastor Michéls meint ironisch, Nedra werde kaum der Moses der evangelischen Kirche Polens sein, der sie durch das rote Meer der Uneinigkeit hindurchführen werde. Es sei genau Geheimdiplomatie getrieben worden. Redner fordert Offenheit. („Zadna dyskusja naszej postawy nie zmieni!“ — Keine Diskussion wird unsern Standpunkt ändern). Er fordert auf, der Wahrheit ins Anlitz zu schauen, und beantragt, eine Kommission zu wählen, die über das „Entweder — Oder“ (Trennung — Einheit) entscheiden solle.

Synodaler Will stellt fest, daß der Lodzer § 36 durchaus nicht die Mitglieder der Diözesansynoden von der Wählbarkeit zur Generalsynode ausschließe, daß man sie sehr wohl wählen wird, wenn sie sich bewähren werden. Er erklärt sich als einen Gegner der Demokratie im kirchlichen Leben. Christokratisch soll die Verfassung der Kirche sein. Christus aber hat den Gemeinden die höchste Gewalt, das Amt der Schlüssel, verliehen, um wieviel mehr werden diese das Recht besitzen, in äußerlichen, organisatorischen Fragen eine entscheidende Stimme abzugeben. Der Lodzer § 36 nähert sich dem christokratischen Prinzip viel mehr als der Antrag Ewert, darum sei an jenem unter allen Umständen festzuhalten. Er wendet sich gegen die von den Vorrednern herangezogenen Beispiele von Schuster und Schnelher, vom Spezialismus und fragt, ob die Synode nicht auf dem lutherisch-katholischen Grundsat vom allgemeinen Priestertum stehe. Wenn ja, so seien jene Vergleiche nicht am Platze. Endlich fährt er an, daß man sich nicht vor der Welt, die ein Synodaler in Aussicht gestellt hätte, fürchten solle. In den Zeiten härtester Knechtung habe sich die Volksseele stets am herrlichsten entfaltet. Als Beispiel könnten nicht nur die Deutschen, sondern vor allem auch die Polen gelten. Keine Furcht also — Gott wird mit uns sein!

Synodaler Uita lehnt den Antrag Michéls ab. Er verwirft ebenso nach einer eingehenden Kritik, die aber im ganzen eine Wiederholung der Kritik Nedras ist, den Antrag Ewert und betont, daß die Lodzer Gruppe von § 36 nicht lassen könne.

Synodaler Prof. Bursche will wissen, daß die Lodzer Synodalen ihre Beschlüsse vom Deutschen Volksrat erhielten. Er tritt nachdrücklich für den Antrag Ewert ein.

Pastor Wosch betont, daß an dem Warschauer Verbesserungsvorschlag die Rettung und Einheit der Kirche hänge.

Für den Antrag Ewert sprechen noch die Synodalen Pastor Michéls und der Antragsteller.

Pastor Otto tritt für den Lodzer Entwurf ein. Fordert, daß den Gemeindegliedern mehr Vertrauen entgegengebracht werde.

Pastor Schmidt-Pabianice vermittelt. Um jeden Preis müsse die Trennung verhindert werden. Wir sollen uns der Verantwortung vor Gott und der Welt bewußt sein.

Schlenker durchdringt den Verhandlungsfaal als nun Pastor Nedra das Wort ergreift. Der Redner stellt sich eine Redengehalt mit langem herabwallenden grauen Bart vor. Pastor Nedra als Lüge ist wirklich ein Neutraler. Er ist ein theologisch und juristisch gründlich geschulter Mann, ein in seiner Heimat allgemein bekannter Dichter. Er legt Verwahrung gegen die Art und Weise ein, in der die Redner der Warschauer Gruppe seine vorherigen Ausführungen interpretieren (auffassen, erklären) und wirft ihnen Herren Schwäche ihrer Gründe vor. Er übt vernichtende Kritik an ihren Ausführungen. Begründet nochmals seinen Antrag. Er betont, er habe diesen Antrag als ein Entschließen benutzen wollen, um die wahre Gesinnung jeder der Gruppen festzustellen, um zu erfahren, wer das Odium des Bruches auf sich nehmen wolle. Nun stellt er feierlich fest, daß dieser Wille auf der Warschauer Seite vorhanden sei. (Im Saale herrscht lange, laute Stille.)

Prof. Serini versucht die Schall am Bruch, wenn er eintreten sollte, von den Warschauern auf die Lodzer abzuwälzen.

Pastor Nicodeme vermittelt. Er will wissen, welche Machtbefugnisse die Lodzer Gruppe dem zukünftigen polnischen Bischof einzuräumen gedenke.

Synodaler Fischer-Domaschow spricht sich gegen den Bruch aus. In schmerzhaftesten Worten bittet Pastor Dietrich im Namen des verstorbenen Konföderates Gumbach die Warschauer, den Lodzer § 36 stehen zu lassen. Sie bekämen ja die Oberleitung der Kirche in der Person des Bischofs in ihre Hände. Auf Pastor Nicodemes Frage eingehend, schilbert er die Eigenschaften des künftigen Bischofs, wie Lodz ihn sich denke. Dieser werde ein starker, ganzer und vor allem gläubiger Mann und Geistlicher sein müssen, bereit, im Notfall für seinen Heiland das Leben zu lassen. Redner mahnt in allen Dingen zum Frieden und schließt seine, oratorisch betrachtet, einzigartig glänzende Rede mit der bangen Frage voll Jagen und Hoffen, voll Beten und Lieben: „Soll unser Bistum sterben?“

Nun ergreift Gen.-Sup. Bursche das Wort. Er fahrt etwa folgendes aus. Es handelt sich der Warschauer Gruppe um das Wohl der Kirche. § 36 ist das größte Hindernis auf diesem Wege. Nedras Vorschlag ist und bleibt eine Utopie. Redner wiederholt seine früheren Ausführungen. Er und die Warschauer Gruppe könnten das Lodzer Projekt unter keinen Umständen annehmen. Er hebt nochmals die Vorzüge

des Warschauer Antrags Ewert hervor. Die von den Lodzern gebotenen Garantien seien nicht ausreichend. Er bittet, es nicht zur Trennung kommen zu lassen. Sollten die Lodzer an ihrem § 36 festhalten, so würde die Scheidung da sein, daß würde der größte Schaden, der Krebs unserer Kirche sein. Nedra möge seinen Antrag, der absolut unannehmbar sei, zurückziehen. Tue er's nicht, so wäre die Trennung da.

Pastor Nedra erklärt fest und feierlich: „Ich ziehe meinen Antrag nicht zurück.“

Gen.-Sup. Bursche: Dann schreiten wir zur Abstimmung.

Präsident Ewert bittet: Bracia, zrozumcie i ustapcie (Brüder, beugt und geht nach!) Unsere Situation ist derjenigen Luthers ähnlich. Wir können nicht anders. (Ruf: Wir auch nicht!) Wenn ihr es zu Bruch führen werdet, wird euer Bistum hier untergehen. Ihr zerstört die Einheit unserer Kirche.

Synodaler Spidemann legt Verwahrung dagegen ein, als ob er nicht treuer Staatsbürger wäre.

Verschiedene Redner sprechen durcheinander.

Endlich gelangt der Antrag Ewert zur Abstimmung. Eingestrichen sind 164 Synodalen, 5 sind abwesend. Von den 159 Anwesenden enthalten sich 13 der Stimme, darunter 7 Pastoren, für den Antrag Ewert stimmen 60, gegen den Antrag 36 Synodalen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Es soll nun über den Antrag Nedra abgestimmt werden. Zunächst aber verliest Synodaler Machlejd eine Erklärung der Warschauer Gruppe, die vor Schmähungen, Beschuldigungen und Beleidigungen der deutschen Synodalen froht und diesen die Schuld an dem Zerfall der evangelisch-augsburgischen Kirche zuschreibt. Aus das gegen das Polentum verführten von den einflussigen Oligarchen bezahlte Kräfte unsere Kirche! Die Erklärung ist so empörend abgefaßt, daß die Lodzer Gruppe wie elektrisiert emporspringt und durch Trampeln, Schreien und Weinen (keine Uebertreibung!) Herrn Machlejd am Weiterlesen zu hindern sucht. Man fordert den Vorlesenden auf, das Weiterlesen der Erklärung zu unterlassen. Herr Gen.-Sup. Bursche erklärt, das könne er nicht. Er fordert die Lodzer auf, sich ruhig zu verhalten. Als diese der Aufforderung nicht Folge leisteten, schließt der Gen.-Sup. die Synode. Die Erklärung der Warschauer soll trotzdem zu Ende gelesen werden.

Die Lodzer stehen wie gelähmt da. Ihr Bärmen verstummt. Da eröffnet der Gen.-Sup. die Synode wieder. Die Erklärung der Warschauer ist inzwischen zu Ende gelesen. Der Generalsuperintendent übergibt den Vorsitz an Herrn Pastor Dietrich und verläßt mit seiner Gruppe die Synode.

Der Bruch ist vollzogen! Das ist allgemein Ansicht und man atmet erleichtert auf. Die Führer der Lodzer betrachten es als eine Genugtuung, daß nicht die Lodzer, sondern die Warschauer Gruppe die Synode um mit ihr die Kirche gesprengt habe. Lodz steht am rechtlichen Boden.

Es sind 93 Synodale zurückgeblieben, Deutsche und Neutrale. Sie sind beschlußfähig. Man schreitet zur Abstimmung über den Antrag Nedra. Er wird bei 4 Stimmenthaltungen mit 89 Stimmen angenommen.

Und so war der zweite Tag der Synode vergangen. Den 3. Tag der Synode, den 11. Januar, an dem die deutschen Synodalen allein tagten, da die Warschauer nicht erschienen waren, möchte ich am liebsten mit Stillschweigen übergehen. Ich will mir kein Urteil über die Ereignisse dieses Tages erlauben, doch eins muß ich sagen. An diesem Tage zeigte sich die ganze Unentschiedenheit, das Bandern und Jagen der „Lodz-Führer“ in trübem Blute. Seit mehr denn einem Jahre hatten sie eine Trennung von Warschau gefordert, sich noch am 8. Dezember 1922 für eine solche erklärt, Proteste über Proteste hatten sie gegen den Generalsuperintendenten Bursche und sein Konföderium in die Welt hinausgeschickt. Nun, da der Tag der Trennung gekommen war, schauerten sie vor dem entscheidenden Schritt endgültig zurück und gaben alle ihre Erregungsfähigkeiten preis. Ein vornehmer Synodaler sagte mir: „Das hätte ich von den Lodzern doch nicht erwartet, daß sie die Hantel lassen sollten, die sie ohrfeigt!“

Doch zurück zur Berichterstattung.

94 Synodale waren an diesem Tage zugegen. Pastor Dietrich eröffnet die Verhandlungen um 11.40 mit Betrachtung und Gebet in polnischer und deutscher Sprache. Er fährt aus, daß wir trotz dem gestrigen Vorgefallenen weiter in Frieden mit den Warschauern zusammenleben können, und was wir unsererseits hierzu beizutragen haben. Er mahnt zur Einheit.

Synodaler Uita hebt hervor, das Präsidium der Synode habe heute noch versucht, mit der Gegenseite zur Einigung zu gelangen. Auch wir wollten jede Gelegenheit dazu benutzen. Er weist auf die furchtbare Lage unserer Kirche hin. Wir müssen heute etwas schaffen. Redner schlägt vor, einen Ausschuß zu wählen, der eine Verständigung mit dem Gegner anzubahnen hätte. Sollte eine solche nicht möglich sein, dann müßte unser Gesandtschaft der Regierung zur Bestätigung vorgelegt werden. Dies könnte ebenfalls der Ausschuß besorgen.

Synodaler Schwart weist eine Trennung zurück, meint aber, die gestrige Erklärung der Warschauer biete Anlaß dazu. Wir hätten nicht mit der Gegenseite verhandeln, bevor sie nicht die Erklärung zurückziehe.

Synodaler Spidemann vorbereitet sich in langen Ausführungen über den Lodzer demokratischen Gedanken.

rechtfertigt unsere Gruppe von den Vorwürfen der Warschauer und stellt fest, daß unter den Deutschen nirgends eine Trennung von den polnischsprachigen Glaubensbrüdern gewünscht wird.

Synodaler Hoffmann-Galerz empfiehlt Vertagung der Synode und Einsetzung einer Verständigungskommission, nachdem die Warschauer die Lodzer um Vertagung gebeten haben werden.

Synodaler Will betont seinen überwiegenden Standpunkt. Den Vorfall mit der Deklaration fordert er auf, heftigste Verurteilung zu erfahren. Das war eine Geburt der Nacht, sie sei versunken und vergehen und dürfe uns im Fortsetzen der Arbeit nicht stören. Er fordert die Synode zur Arbeit auf, sie solle auch ohne die Warschauer Beschlüsse fassen. Lodz hätte ja nur noch den § 86 von allen seinen Forderungen übrigbehalten und diesen auch nur mit dem Zusatz Neutra. Es solle alles für diesen „Schach im Ader“, für die „höfliche Verteilung“ hingehen. Mit Warschau werde nur unter Preisgabe auch dieser letzten Position Frieden zu erringen sein. — Seine Ausführungen werden von einem kleinen Teil der Synodalen beifällig aufgenommen. Die Mehrheit aber lehnt sie ab und huldigt dem Verständigungsgebot.

Für die Verständigung tritt auch Pastor Nedra ein. Wenn Gefahr im Anzuge ist, muß man nicht verzagen, sondern fühl die Abwehr- und Rettungsmittel ins Auge fassen. Unsere Gefahr besteht in der Abwesenheit der Polen. Sie sollen zurückkommen. Können wir ihre Bedingungen erfüllen, nur denen die die Mehrheit abhängig gemacht haben? Geht die Synode davon aus, so bedeutet dieser Schritt restlose Preisgabe des § 86. Da Nedra die Lodzer schwankend sieht, so beantwortet er die Preisgabe dieses Paragraphen und empfiehlt den Antrag Gwert mit geringfügigen Verbesserungen zur Annahme. Darin liege die Rettung. — Lodz versteht die bittere Ironie nicht, die in den Worten des Nedra steckt und schließt sich seinen Ausführungen an.

Pastor Kersten redet auch der Verständigung das Wort.

Synodaler Spidemann fordert ebenfalls ein Fortsetzen der Arbeit; die Synode möge ohne die Warschauer Beschlüsse fassen. Schließlich erklärt er sich auch für Erwählung einer Verständigungskommission.

Pastor Otto-Dorckow empfiehlt Verständigung und schlägt vor, die Synode möge, ohne Beschlüsse zu fassen, auseinandergehen.

Pastor Böffler-Konin: Wir stehen vor dem Entweder — Oder. Soll unsere Kirche darüber in Teufelchen gehen? Ich mache auch mal gegen die eigene Gruppe Opposition. Mein Vorschlag lautet, ohne Beschlüsse nach Hause fahren.

Pastor Dietrich tritt abermals für Verständigung und für den Frieden ein und warnt vor der Trennung. Wir müssen fittliche Hölle bezeugen, indem wir ohne die polnischen Brüder nichts beschließen. Nedra spricht für die Vertagung der Synode und eine vierte Zusammenkunft derselben. Wir hätten nicht die absolute Mehrheit (nur 94:208!), daher könnten unsere Beschlüsse nie von der Regierung anerkannt werden. Schlägt vor, eine Verständigungskommission zu ernennen. Hoffi, daß die Warschauer auch etwas nachgeben werden. Die Kommission soll während der Mittagszeit mit den Warschauern unterhandeln.

Es wird eine Pause anberaumt, während welcher die Synodalen untereinander beraten. Pastor Dietrich schwankt und sagt: Ich nicht zur Entscheidung, zur Entschlossenheit, zum Verhandeln ohne die Warschauer zu bewegen, da er die Folgen, den Ausgang dieser Handlungswiese fürchtet. Die übrigen deutschen Pastoren (die polnischen sind nicht anwesend) richten sich nach ihm, und so steht die Lodzer Gruppe vor der Wahl: entweder die Trennung von Warschau auf eigene Faust, ohne Beistand auch nur eines einzigen Pastors durchzuführen, oder die 10 deutschen Pastoren „nicht im Stich“ zu lassen und mit ihnen einer Verständigung nachzugehen. Die alte deutsche Treue entschied. Die Laien folgten ihren Seelsorgern noch einmal und Pastor Dietrich, des modernen Melanchthons, Kaltil trug den Sieg davon. Beifalls altes Wort: „Es wäre wenig in der Welt unternommen worden, wenn man nur immer auf den Ausgang gesehen hätte“ bewährte sich wieder einmal. Der Lodzer Gruppe fehlte der Luther.

Nach Ablauf der Pause stellt Synodaler Ulla den Antrag, eine Kommission zum General-Superintendenten hinzuzuziehen. Der Antrag wird angenommen. Der Vorsitzende Pastor Dietrich schließt die Sitzung und begibt sich mit 9 anderen Herren (zur Hälfte Geistliche, zur Hälfte Laien, aber nicht die zahllosen) zu den Warschauern, die beim Gen.-Superintendenten ihren Beratungen obliegen.

In der Nachmittags-Sitzung dieses Tages nehmen nur noch 91 Synodale teil.

Abgeordn. Spidemann tritt für Verständigung ein. Nedra rät, nicht bis zur Erschöpfung zu kämpfen, nicht alle Brücken abzureißen. In gleichen Bahnen bewegen sich nun die Ausführungen des Synodalen Hoffmann-Galerz, der Pastoren Otto, Böffler, Schmidt-Rab., Biersehl und des Synodalen Lindner. Sie alle fordern die Wahl einer Verständigungskommission. Warschau hätte versprochen (!) ein wenig nachzugeben.

Synodaler Ulla stellt den Antrag, eine Kommission zu wählen, die von der Synode mit „allen Vollmachten der gesetzmächtigen Vertretung der Kirche im ehem. russischen Teilgebiet“ ausgestattet wer-

den soll. Nach längerem Hin und Her wird der Antrag Ulla einstimmig angenommen.

Zu die Kommission werden folgende Herren gewählt: die Pastoren Nedra, Dietrich, Böffler-Konin, Otto-Dorckow und Schmidt-Rab., die Synodalen Städt, Ulla, Karau, Hoffmann-Galerz und Caspari-Dequina. Letzter Herr ist polnischsprachig. Synodaler Will lehnt die Wahl in diese Kommission ab, um seinen freikirchlichen Standpunkt zu wahren. Es lehnen noch P. Kersten, S. Klein, dienst und Syn. Spidemann die Wahl ab. Die zehn gewählten Herren werden nun mit allen der Synode eigenen Vollmachten ausgerüstet und ihren Händen das Los des deutschen Protestantismus in Polen anvertraut. Sie sollen sich mit Warschau in Verbindung setzen und eine Einigung erzielen, oder schließlich schließlich ein Trennungsgesetz anarbeiten. Die 4 Synode soll das Ergebnis der Kommissionsberatungen begutachten und annehmen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft, und die Synode wird von Pastor Dietrich verlagert, der in seiner Schlussansprache noch ein erhebendes Bekenntnis zum Deutschtum ablegt, gleichzeitig unsere Treue und Liebe zum polnischen Vaterland betonend.

Zum Schluß stimmt Pastor Dietrich „Nun danket alle Gott“ an und die Synode singt die 1. Strophe des Liedes zu Ende. . . . Unter Grabesstille verlassen die Synodalen den Saal. . . . Also war der Ausgang der dritten Synode, auf die man so viele Hoffnungen gesetzt hatte!

Beim Abschiede brühte mir ein Batentaggeordneter, ein älterer Mann mit edlen Gesichtszügen, innig und lange die Hand und sagte: „Wir fahren heute nach Hause wie von einem Begräbnis.“ Und Tränen rannen ihm aus den Augen. Ich mußte dem Geleiteten nichts anderes zu erwidern als dies: „Wir fahren nach Hause wie von einem Begräbnis und singen: Nun danket alle Gott!“

Ja, das ist der Unterschied. . . . Bei einem gewöhnlichen Begräbnis singt man Tränen- und Sterbelieder, aber wenn die Freiheit der evangelisch-lutherischen Kirche, um die so lange und so heiß gerungen wurde, begraben wird, dann . . . dann . . . singt man . . . „Nun danket alle Gott!“ Können wir . . . es noch mehr bringen? . . .

Ich glaube, am 11. Januar wurde auch ein großer Schach an deutschem Seelengut als: Treue dem Ideal, Glaube an die Führer, Vertrauen auf einen guten Ausgang einer gerechten Sache mit in die Gräber versenkt. Das alles mochte der schlichte, brave Kolonist im Herzen ablesen, als er mir sagte: „Wir fahren heute nach Hause wie von einem Begräbnis.“

Ja, Furcht und Hoffnung sind und bleiben die größten Menschenfeinde!

Lokales.

Lodz, den 24. Januar 1923.

Wip. Vom Schulkuratorium. Eine der wichtigsten Aufgaben des Schulkuratoriums ist, die Verwirklichung folgender Punkte auf dem Gebiete des allgemeinen Schulunterrichts durchzuführen: 1. Einführung des allgemeinen Schulwangs nicht später als im Jahre 1929; 2. Gründung von Schulen mit höherer als 7klassiger Lehrdauer; 3. Verwirklichung der ministeriellen Programme durch entsprechende vorbereitete Lehrkräfte; 4. Bau entsprechender Räumlichkeiten in Gemeinden und Flecken. Durch das Fehlen von Mitteln wird jedoch die Verwirklichung dieser Maßnahmen erschwert, weshalb das Kuratorium beim Kultusministerium wegen Zuweisung der nötigen Mittel vorstellig werden will. Wie wir erfahren, ist das Kuratorium bereits beim Werke, Fortbildungskurse für Lehrer zu schaffen, und organisiert jetzt einen höheren Kursus für Volksschullehrer in Lodz, der die letzteren für die höchsten Klassen der Allgemeinschulen befähigen soll. Es sei vermerkt, daß Lodz dank dem entgegenkommen der Stadtverwaltung auf dem Gebiet des Ausbaus des Schulwesens die fortgeschrittenste Stadt Kongresspolens ist. Im Lodzer Bezirk befinden sich insgesamt 10 Fortbildungsschulen, 4 Handwerker-Schulen, 1 technische, 10 Handelsschulen, und 10 weitere Fachschulen. Die Fortbildungsmöglichkeit der Handwerker und Kleinhändler wird erst dann in richtige Bahnen geleitet werden können, wenn der Sejm das Gesetz betr. den Fortbildungswang für die Jugend im Alter von 14—18 Jahren bestätigt haben wird.

Schulklappen für elektrische Stromzähler. Das Elektrizitätswerk ist gegenwärtig damit beschäftigt, patentierte Schulklappen für die Stromzähler und Sicherungen in Lodz einzuführen. Durch diese Neuierung soll hauptsächlich einem unbefugten Stromverbrauch vorgebeugt werden, auch wird dadurch die Gefahr, durch unvorsichtiges Umgehen in direkte Berührung mit dem Strom zu kommen, ausgeschlossen. Die Zähler werden zu diesem Zwecke von Angehörigen des Elektrizitätswerkes mitgenommen, um auf ihre genaue Funktionierung hin geprüft zu werden. Diese Prüfung soll in fünfjährigen Abständen wiederholt werden. Das Abnehmen der Zähler, die Prüfung derselben und die Wiederanbringung mit Schulklappen erfordert ungefähr eine Woche Zeit. Die vom Elektrizitätswerk gesandten Leute sind verpflichtet, vor ihrem Weitergehen den Strom einzuschalten, damit die Wohnung auch in der Zwischenzeit beleuchtet werden kann. Nun ist es aber vorgekommen, daß diese Leute den Zähler einfach mitnehmen, ohne vorher die Stromzufuhr wiederhergestellt zu haben. Infolgedessen kann der Wohnungsinhaber gezwungen sein, tagelang in der finsternen Wohnung zurückzubleiben. Man sehe also diesen Leuten gehörig auf die Finger und lasse sie nicht eher mit dem Stromzähler fortgehen, bis man sich davon überzeugt hat, daß der Strom eingeschaltet ist und die Lampen brennen.

besten kann der Wohnungsinhaber gezwungen sein, tagelang in der finsternen Wohnung zurückzubleiben. Man sehe also diesen Leuten gehörig auf die Finger und lasse sie nicht eher mit dem Stromzähler fortgehen, bis man sich davon überzeugt hat, daß der Strom eingeschaltet ist und die Lampen brennen.

Maskenball „Biccadilly“. Heute also findet der von Hunderten ersehnte Maskenball zugunsten des Greisenheims statt. Die Veranstalter haben keine Mühe gespart, den traditionsmäßigen Biccadillyball so festlich und interessant wie nur möglich zu gestalten. Alles, was zur Gesellschaft gehört, wird sich heute abend in den Räumen der Lodzer Philharmonie im Annumensgang ein Stellbildein geben. Schöne, fröhliche Feststimmung muß heute zum Biccadillyball hinzukommen, und je reger der Besuch und je lauter die Stimmung, desto größer das finanzielle Ergebnis der Veranstaltung, bestimmt für die Rasse des Greisenheims. Heute lautet die Forderung bei allen jungen Damen und Herren: Auf, zum Biccadillyball!

Der Maskenball des Touring-Club. Der am vergangenen Sonnabend stattfindende, nahm einen glänzenden Verlauf. Es hatte sich eine ansehnliche Gesellschaft in den festlich geschmückten Räumen des Trinitatis-Gesangsvereins zusammengefunden, und bald herrschte ein fröhliches Durcheinander von Dominos, schallenden Ritzreihen und originellen Masken. Ein Blas- und ein Streichorchester lieferten die Ballmusik und boten der tanztüchtigen „goldenen Jugend“ reichlich Gelegenheit zur Betätigung. Das Scholastiken- und Weingelb war ständig von einer lauschigen Schar belagert, so daß die bedienenden Vereinsmitglieder alle Hände voll zu tun hatten. Der Ueberfluß ist zum Ausbau des Sportplatzes des Touring-Club in der Wodnastraße bestimmt und dürfte einen recht ansehnlichen Betrag ergeben.

Der Schweizer Franken im Vereinsleben. Um dem für das ganze Jahr aufgearbeiteten Budget eine dauerhaftere Grundlage zu geben und Schwankungen, die der Sturz der Valuta mit sich bringt, zu verhüten, gehen polnische Vereine daran, die Mitgliedsbeiträge in polnische Gulden nach dem Kurs des Schweizer Franken zu berechnen. Diese Berechnung wird von der Technikervereinsung und dem Verband polnischer Kaufleute in Warschau bereits angewandt. Damit wird die Notwendigkeit umgangen, im Laufe des Jahres Generalversammlungen zur Erhöhung der Mitgliedsbeiträge einberufen zu müssen, wie das im vorigen Jahre mehrfach zur Vermeidung einer restlosen Erschöpfung der Vorräte vorgenommen werden mußte.

Betriebskassenschließung der Lodzer Industrie. Wie die „Republika“ erfährt, hat eine Reihe der mittleren Lodzer Fabriken beschlossen, nur vier Tage wöchentlich zu arbeiten. Auch in der Großindustrie wird mit dieser Möglichkeit gerechnet. Den Grund bilden die häufigen und recht bedeutenden Sprünge der Devisenkurse, wodurch die Industrie die Möglichkeit einer rationalen Kalkulation verliert, die eine notwendige Bedingung für die Erhaltung einer ununterbrochenen Produktion bildet. Von nicht geringerem Einfluß auf diesen Entschluß sind die Einschränkungen in der Erteilung von Diskontkrediten, die von der Polnischen Landesbank erteilt wurden. Lodz steht demnach wieder vor einer schweren Krise, deren Ursache in unsren besagten werten Valutaverhältnissen zu suchen ist.

Wip. Regelung des Handels mit Fischen. Auf Anordnung des Polizeikommandanten soll der Handel mit lebenden Fischen einer besonderen Aufsicht unterworfen werden. Auf die strenge Einhaltung der Vorschriften über die Aufbewahrung sowie die Art und den Zustand der toten Fische wird besonders geachtet werden.

Wip. Kriegsgräberfürsorge. In der Direktion der öffentlichen Arbeiten finden alle Sonnabend Sitzungen des Baurates (Rada budowlana) statt, der im vergangenen Jahr den Bau einiger Fabriken und Gebäude für öffentlichen Gebrauch genehmigte. Der Obhut der Direktion unterliegen seit dem 1. Januar auch die Kriegsgräber, wie z. B. die Gräber der Friedhöfe, die Ausgrabung von Leichen, die Aufstellung von Kreuzen u. a.

Die Lohabewegung. Die Angestellten der Lodzer Elektrischen Straßenbahnen haben folgende Forderungen gestellt: 1. Die Grundgehälter aller Angestellten werden gemäß den Bestimmungen der statistischen Kommission und außerdem um 50 Proz. erhöht. 2. Kranke Arbeiter, die Unterhaltungsgehälter aus der Krankenkasse erhalten, bekommen den Gehaltsunterschied nachgezahlt. 3. Vom kommenden Schuljahr ab wird eine Mittelschule für die Schulkinder der Angestellten eröffnet. In einer am Montag beim Arbeitsinspektor Wozylowski in dieser Angelegenheit stattgefundenen Konferenz, an der von Seiten der Direktion der Lodzer Elektrischen Straßenbahnen Direktor Ing. Ring teilnahm, wurde den Straßenbahnern eine 60 prozentige Lohnerhöhung bewilligt. Die Forderung betreffend die Krankenkasse wurde abgelehnt und die Frage der Eröffnung einer Mittelschule verlagert.

Die Besitzer der Metallfabriken haben ihre Arbeitern eine 60 prozentige Erhöhung der Löhne zugesprochen, die ab 15. Januar verpflichten. Nach diesem Vertrag werden die Mindestlöhne folgende sein: für einen Handwerker 12.184 Mk.; für einen Fachgehilfen 8.360 Mk. für einen Hilfsarbeiter 6.960 Mk.; für einen Lehrling in 1. Jahre 2.170 Mk.; für einen Lehrling im 2. Jahr 2.960 Mk. und für einen Lehrling im 3. Jahr 3.888 Mk. Die Abforderungen werden im Einvernehmen mit den Arbeitgebervertretern durch die Verwaltungen der einzelnen Unternehmen geregelt werden.

Wieder ein Eisenbahnunglück. Am vergangen Montag ereignete sich, der „Republika“ zufolge, auf der Eisenbahnlinie Kozłowski—Łódź wieder einmal ein Eisenbahnunglück. Der um 4 Uhr 50 Minuten die Station Kozłowski in Richtung Łódź verlassende Personenzug blieb mit einer manövrierenden Lokomotive zusammen. Ein Postwagen wurde vollständig zerstört und ein sich in diesem Eisenbahnwagen befindender Postbeamter schwer verwundet. Der Zug konnte nicht weiterfahren, so daß die Fahrgäste nach Kaluży zurückkehren mußten. Der Personenzug Łódź—Warschau mußte aus diesem Grunde Łódź mit bedeutender Verspätung verlassen.

Der Hofenhof wurde der „Republika“ zufolge an ein Łódzker Textilunternehmen verkauft. Der Textilfabrik beabsichtigt seine Spielplätze zu erweitern und plant ferner die Errichtung eines Klubgebäudes. Die Tierkäfige sollen abgebrochen werden. An die Stelle der schon seit Jahren leerstehenden Gebäude für die Kassen, Kasse und Kasse werden Rasenflächen und Blumenbeete treten.

Das gefürchte Schneeschieben hemmte gestern früh den Straßenbahnverkehr, der erst gegen 9 1/2 Uhr vormittags wieder aufgenommen werden konnte. Die Gerüste von einem Eisen der Straßenbahn erwiesen sich als grundlos.

bip. Buchhaus und Gefängnis für Messerschneider. In einem Abend im September 1921 saßen vor dem Sabanschen Hause in Włocławek Ignacy und Józef Kot, Józefa Dura, Józef Soudzia und Marianna Sabar im Gespräch beisammen. Plötzlich erschienen Stanisław Krendzel, Stanisław Paski sowie der Soldat Piotr Kresla und begannen die vor dem Hause Sitzenden mit Steinen zu bewerfen. Krendzel warf einen größeren Stein mit solcher Wucht auf Ignacy Kot, daß dieser zusammenbrach. Als sich Kot wieder erhob und den Ruhestörer nachsah, versetzte ihm einer von diesen Messerschneidern in die linke Schulter. Stanisław Paski und Stanisław Krendzel wurden vor Gericht gefordert. Beide leugneten ihre Schuld. Das Gericht verurteilte Paski zu 3 Jahren Zuchthaus und Krendzel zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

bip. Selbstmordversuch. Der Petrikauer 54-jährige Jan Benke versuchte sich auf dem Dachboden des selben Hauses durch Erhängen das Leben zu nehmen. Zum Glück kam seine Mutter, die seine Abicht erraten hatte, noch rechtzeitig hinzu und durchschnitt den Strick. Ein Arzt der Unfallrettungsbereitschaft erteilte dem Lebensmüden die erste Hilfe. Die Ursache zu dem verwerflichen Schritt soll darin zu suchen sein, daß Benke des Diebstahls verdächtigt wurde.

bip. Raub. Ein gewisser Stanisław Karp aus Strzyżów wurde im Dorfe Stoki, wo er seinem Handel nachging, verprügelt und um 400 000 Mark beraubt.

bip. Ueberfahren. Der in Roztocze, Gem. Galkinow, wohnhafte Eisenbahnarbeiter Stanisław Rapietki geriet auf der Station Włocławek unter einen manövrierenden Zug wobei ihm ein Bein und eine Hand gebrochen wurden. Der Verunglückte wurde auf den Łódzker Fabrikbahnhof gebracht, wo ihm von einem Heilicher die erste Hilfe erteilt wurde, der seine Ueberführung in das Pognanische Spital veranlaßte.

bip. Auf dem Wege zur Arbeit gefordert. In der Wartehalle der Infanteriebahn Zgierz und Alexandrow in der Zgierzker Straße starb plötzlich auf dem Wege zur Arbeit der Wloclawer 23-jährige Webermeister Julius Hornung.

bip. Diebstähle. In das Manufakturwarengeschäft von Hermann Kornuch, Szamoty 8, gelangten mittels nachgemachter Schlüssel Diebe und stahlen verschiedene Waren im Werte von 10 Millionen Mark. — Aus dem Schuhwarengeschäft von Jan Zwanechlow, Annatrasze 3, wurden 25 Paar Schuhe im Werte von 1 600 000 Mark gestohlen.

bip. Ein unheimlicher Fund. Auf dem Hofe in der Petrikauer Straße 93 wurde neben den Stallungen ein in Papier eingeschlagenes und mit Bindfäden verschürtes Paket gefunden. Wie es sich erweist, enthielt das Paket die Leiche eines Kindes männlichen Geschlechts.

Spende.

Uns ist nachstehende Spende zur Weihnachtsfeier mitgeteilt worden, für die wir den Spendern im Namen der Bedachten herzlich danken.

Für das Internat des deutschen Lehrerseminars: 5000 Mark von E. F. Mit dem bisherigen zusammen 35 000 Mark.

Kunst und Wissen.

Deutsche Vorträge. Wie schon einmal an dieser Stelle mitgeteilt wurde, ist es dem Vorstand des Deutschen Schul- und Bildungsvereins gelungen, Herrn Dr. Schönbeck aus Bromberg für einen Vortragsabend zu gewinnen. Am 28. d. M., um 6 Uhr abends, wird Herr Dr. Schönbeck in der Aula des Deutschen Realgymnasiums über „Dürer und sein Schaffen“ sprechen. Angesichts dessen, daß der Łódzker Deutschen nur äußerst selten Gelegenheit geboten wird, einen Kenner über ein Thema aus dem Gebiete der Kunst sprechen zu hören, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der angekündigte Vortrag in den meisten Kreisen unserer Stadt lebhaftes Interesse hervorgerufen wird.

Ein Vortrag von Cezary Jellenta. Uns wird geschrieben: Am Sonntag, den 28. d. Mts., um 8 Uhr abends, hält der bekannte polnische Schriftsteller Herr Cezary Jellenta im Saale der Philharmonie einen Vortrag über das Thema „Don Juan und Calanora“. Der Vortrag wird ohne Zweifel das größte Interesse in unserer Stadt hervorrufen. Karten sind in der Philharmonie zu haben.

Deutsches Theater. Uns wird geschrieben: Heiterkeit auf allen Gesichtern, donnernder Beifall, viele Hervorrufe — mit wenig Worten: Sonntag hatte die Premiere im Skala-Theater einen Bombenerfolg zu verzeichnen. Kein Wunder auch, daß dieses Stück, das den Riesenerfolg in allen deutschen und österreichischen Städten erreichte, auch in Łódź zu verzeichnen hatte. Welch urdrollige Ansichten, welcher Humor und welche Lyrik sind doch in Doktor Stieglitz vereint! Die Direktion hat daher beschlossen, dieses Stück noch einmal, und zwar am Sonntag, den 28. d. Mts., nachmittags um 4 Uhr, im Skala zu wiederholen. Angesichts des Umstandes, daß ein großer Andrang zu erwarten sein wird, versehe sich jeder rechtzeitig mit Eintrittskarten, die bereits an der Theaterkasse zu haben sind.

„Bajazzo“ mit Gruszczyński, Motzyńska und Fiedzielski. Uns wird geschrieben: Am Mittwoch, den 31. d. M., werden wir ohne Zweifel wieder eine künstlerische Feier im Saale der Philharmonie erleben. Die hervorragenden Künstler der Warschauer Oper: Gruszczyński, Motzyńska und Fiedzielski werden den ersten Akt der Oper „Bajazzo“ von Leoncavallo in Kostümen ausführen. Die drei erwähnten Künstler haben bereits die beste Garantie, daß die Ausführung der Oper „Bajazzo“ auf der höchsten Stufe der Kunst stehen wird. Der zweite Teil des Programms enthält Duette und Operarien. Am Klavier begleitet Dir. Theodor Ryder. Karten sind in der Philharmonie zu haben.

Aus dem Reiche.

Religionskämpfe in Zgierz.

bip. Während eines von Pfarrer Ludwig Rytel in der mariawitischen Kirche in Zgierz abgehaltenen Abendgottesdienstes erschienen plötzlich die mariawitischen Prediger aus Łódź, Zyrardow und Mielsk mit etwa 300 Gemeindegliedern und drangen mit Gewalt in die Kirche ein. Während dieses Vorfalls kam es zu heftigen Zusammenstößen. Die Eindringlinge verließen die Kirche nicht und übernachteten in ihr, obwohl die Kirche wie auch das dazu gehörende Grundstück Privateigentum des mariawitischen Geistlichen Pagowski ist. Die davon benachrichtigten Łódzker Behörden sandten den Stellvertreter des Starosten Dukwicz und den Kommandanten der Kreispolizei Ryszkowski nach Zgierz. Diese Herren veranlaßten im Einvernehmen mit dem Bürgermeister von Zgierz, daß ein Polizeiposten vor der Kirche ausgestellt werde.

Es muß erwähnt werden, daß auf Grund des 4. Paragraphen des mariawitischen Kirchengesetzes die Prediger von der Gemeinde gewählt werden. Die mariawitischen Prediger beabsichtigen nun, die Wahl in Zgierz auf die Weise durchzuführen, daß diejenigen Gemeindeglieder, die den Geistlichen Pagowski und Rytel zuneigen, von der Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen werden.

Warschau. Stinnes in Warschau. Stinnes wollte, wie „Nasze Kurjer“ erfahren haben will, vor einigen Tagen in Warschau und hat dort große Walschlüsse gefälscht, um Holz für deutsche Papierfabriken zu beschaffen.

Brillanten-Schwindel und sein Ende. Dem „Kurjer Poranny“ zufolge sind in Warschau in den letzten Tagen wieder mehrere Händler dingfest gemacht worden, die falsche Brillanten zu verkaufen versuchten. Ein gewisser Menachim Ardesheid aus Wilgoraj war von einem unbekannten mit 8 falschen Diamanten angeheimert und dadurch um 2 1/2 Millionen Mark geschädigt worden. In Begleitung eines Detektivs durchsuchte er schon wochenlang das Judenviertel, um den Falscher wiederzufinden. Seine Bemühungen waren auch schließlich von Erfolg gekrönt. Zufällig erkannte er den Betrüger in einem gewissen Josef Gräf wieder, bei dem durch eine Selbstbestätigung ein Säckchen mit 25 weiteren falschen Diamanten antage gefördert wurde. Ferner fielen in die Hände der Polizei noch zwei „Händler“, namens Herzyja Glajcer und Wozila Woll, bei denen 15 falsche Diamanten beschlagnahmt werden konnten.

Wloclawek. Ausstand der Metallfabrikarbeiter. Schon bereits zwei Wochen dauert der Streik der Arbeiter der hiesigen 5 metallurgischen Fabriken. Ehe die Arbeiter in den Ausstand traten, fordernten sie eine Zulage von 60 Prozent, und da man ihnen diese nicht gewährte, legten sie die Arbeit nieder. Da inzwischen die Lebensmittelpreise gestiegen waren, fordernten sie zunächst 100 Prozent Zulage, jetzt aber 150 Prozent. Die Industriellen boten ihnen anfänglich 40, jetzt 80 Prozent Lohnaufseinerung, es kam aber noch nicht zur Einigung. In den anderen Fabriken, Fayence- und Wloclawer Papierfabrik, arbeiten die Arbeiter nach Bewilligung einer Zulage von 80 Prozent weiter. Trotzdem die Arbeiter der Wloclawer Zellulosefabrik jetzt nur 35,08 Prozent Zulage, so wie die Warschauer Kommission für Lebensmittelpreisveränderung die Erhöhung des Unterhaltes für Dezember festgesetzt hat, für Dezember erhalten haben, arbeiten sie ruhig weiter, einestheils aus Furcht vor dem Streik, weil sie aus dem im Oktober leichtsinnig vom Zaun gebrochenen Ausstände mit einer empfindlichen Niederlage hervor-

gingen, und anderenteils, weil ihre Löhne den Warschauern fast in nichts nachstehen.

Marktpreise. Seit der vorigen Woche sind die Lebensmittelpreise ungeheuer gestiegen. Butter kostet das Pfund 4000 M., Weizenmehl 700 M., amerikanisches Mehl 800 M., Roggenmehl 450 M., Zucker schon 900 M., ein Liter Milch 500 M., die Bäckerinnen verkaufen die Milch auch schon zu 700 M., ein 2 Pf.-Brot, das vorige Woche noch 1600 M. kostete, kostet heute schon 2500 M., Roggen ist fast nicht zu bekommen, er steht entweder in den Scheuern, liegt in den Scheunen oder in den Speichern, oder geht nach Danzig. Auch die Preise der anderen Artikel des ersten Bedarfs steigen unangesehnt. Fabelhafte Preise, deshalb auch der vollständige Geschäftstillstand.

Postmarder. Vor einem Monat wurde hier der Postbeamte Kulinski in Haft genommen. Es sollen seit längerer Zeit Dollars aus amerikanischen Briefen verschwunden sein. Die Zustände auf der Post waren aber auch schon ekelhaft. Bekam z. B. hier jemand aus dem Auslande Samereien in Päckchen, so fehlte fast die Hälfte und dazu noch die kostbarsten. Wurde bei diesem Beamten Protest erhoben, so wurde man dann nur noch mehr schikaniert. Hoffentlich kehrt bei uns bald wieder Ordnung ein.

Zubraniec. Feuer. Auf dem Gute Piaski, das dem Gutsbesitzer Stanisław Grodzki gehört, brach am 11. d. Mts., um 9 Uhr abends, in einer Scheune Feuer aus, welches bald auf die anliegenden Scheunen, Ställe und Schuppen übersprang und sie trotz der herbeigeeilten Feuerwehren samt dem Inhalt vernichtete. Unter anderem verbrannten über 600 Korzec Roggen. Der Schaden ist ungeheuer. Die Polizei ist eifrig bemüht, die Ursache des Brandes zu ergründen. Ueberall ist Brotnot, eine riesige Teuerung, und hier verbrennen 600 Korzec Roggen!

Lublin. Verhaftung von Wucherern. Am 20. Januar wurden in Lublin die Verwaltungsmitglieder der Fabrik „Cukrownia Lubelska“ Mijakowski, Skuszczyński und Mazurkiewicz verhaftet und dem Friedensgericht des 3. Bezirks zur Verfügung gestellt. Die Verhaftung der genannten Herren erfolgte aus dem Grunde, weil sie vom 1. Januar ab den Zucker zurückhielten, während in Łódź 150 Waggon Zucker aufgefunden wurden. Der Friedensrichter hat die Angelegenheit an den Staatsanwalt weitergeleitet.

Krakau. Ende des Streikfreils. Der Druckerstreik in Krakau, der 4 Monate andauert, ist jetzt beigelegt worden. Beide Verbände haben einen Vertrag unterzeichnet, dessen wichtigste Punkte sind: 1. Der Grundlohn für eine Arbeitswoche (Mindestlohn des Lohnes für einen Drucker, der das 28. Lebensjahr überschritten hat) soll 108 000 M. betragen, was im Verhältnis zu den Septemberlöhnen eine 258prozentige Lohnerhöhung ausmacht; 2. die Zahl der Beurlaubten wird für das Jahr 1923 auf einen Beurlaubten für 4 Drucker beschränkt; 3. das ganze Personal, das vor Ausbruch des Streiks beschäftigt war, ging am 21. Januar wieder an die Arbeit. Ferner steht der Vertrag die allmonatliche Regelung der Löhne nach den Teuerungsberechnungen des statistischen Hauptamtes vor. Der Vertrag wurde für die Dauer eines Jahres geschlossen. Beide Teile einigten sich darauf, jeder Art Streikigkeiten mit Hilfe von Schiedsrichtern beizulegen, um damit Ausständen, die beide Teile schädigen, aus dem Wege zu gehen.

Posen. Erneuerung des Liquidierungsverfahrens. Die Liquidationskommission hat die Erneuerung des Liquidierungsverfahrens gegenüber folgenden Gütern beschlossen: 1. In der Wojewodschaft Posen: Ruchocice, Kreis Wolsztyn, Eigentümer Leo Tiebemann; Chwalibogowo, Kr. Wolsztyn, Eigentümer Graf Stieffens; Włocławek, Kreis Wolsztyn, Eigentümer der früheren Bremer Regierungspresident v. Gansher; 2. in der Wojewodschaft Pommerellen: Gollau, Kreis Graudenz, Eigentümer v. Couras; Tarnowo, Kreis Thorn, und Starogard, Kreis Włocławek, Eigentümer von Graf; Parskowo, Kreis Włocławek, Eigentümer Cuno von Kosselowski; Niewolba, Kreis Graudenz, Eigentümer Gebroder Frobenius und Emil Maier.

Pużyc. Die Sühne für das große Unglück. In der Nacht zum 17. Januar sollte das Admiralsgericht aus Graudenz das Urteil über die Schuldigen an der Bombenkatastrophe auf dem Flugplatz bei Pużyc. Der Kommandant des Flugplatzes Leutnant M. Kaczynski wurde zu 2 Monaten Gefängnis und der Militärbeamte Wilkowsky für den „berühmten“ Bombenwurf zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten, und zwar Kapitän Jwaszkiewicz und Oberleutnant B. Witkowski, wurden freigesprochen.



Bund der Deutschen Polens.

Samen Hof Str. 17.

Stellensuchende.

Beschäftigung suchen: Stuhlmeister, Konfektionieren, wasserfesten, Buchhalterin, Maschinenschreiberin, Ingenieur-Vertriebsleiter, Lageristen, Erbeidenten, Verkaufsförderung, landw. Inspektor, Zimmermann, Bucher, Tischlermeister, Kleider, Bäder, Lehrling, Fleischerlehrling, Fabrik, Bau- und Geschäftswalter.

Stellenangebote.

Beschäftigung finden: Wäscheüberwinder, Tischler, Gärtner für einige Tage, Frau zu Kindern, Dienstmädchen.

Handel und Volkswirtschaft.

Die polnische Industrie.

Von Abg. Andrzej Wierzbicki,
Präsident des Zentralverbandes der polnischen Industrie.

Die polnische Industrie bildet den jüngsten Faktor in der geschichtlichen Entwicklung Polens. Salzbergwerke, Silber- und Bleibergwerke blühten schon vor der Aufteilung Polens. Aber die ganze verarbeitende Industrie entspringt der Ideologie der Staatsmänner des XIX. Jahrhunderts (Lubiński, Lubiecki, Steinkeller, Kronenberg, Szczepanowski), die in der Industrie die Grundlage der wirtschaftlichen Regeneration, als einer unausbleiblichen Bedingung der Wiedergewinnung der politischen Unabhängigkeit des Landes, sahen. Hierdurch wurde die Industrie auf den hohen Sockel eines staatsbildenden Faktors gestellt.

Die Fähigkeiten des polnischen Volkes — der Enthusiasmus, Erfindungsgeist, die Auffassungsfähigkeit, die Geselligkeit, als ein Merkmal der Kunst des Zusammenlebens und die ausserordentliche Vitalität und Unternehmungslust insbesondere — konnten die negativen Charaktereigenschaften, wie der Mangel an Verständnis für das Systematische, das tiefere Niveau der allgemeinen und beruflichen Bildung, die Unterordnung des wirtschaftlichen Lebens einer fremden, und oft der Industrialisierung des Landes feindlichen Wirtschaftspolitik der Okkupationsmächte (was in manchen Provinzen der jetzigen Republik einen Rückschritt der materiellen Kultur — Eisenbahnnetz, Brücken, Kanäle, Strassen usw. zur Folge hatte) wettmachen.

Im Vortage des Weltkrieges sahen wir in Polen ein gewaltiges, vollkommen europäisches Zentrum der Textilindustrie in Lodz, ein kleineres, aber sehr leistungsfähiges in Bialystok und Bialitz-Biala (Schlesien), wir sahen das wunderbar sich entwickelnde Dabrowaer Becken mit einem Kohlenbergbau und Eisenhüttenwerken, wo einzelne Unternehmungen mit den erstrangigen Provinzen Oberschlesiens Schritt hielten, wir sahen eine angespannte Tätigkeit der Gruben und Naphtharaffinerien in Kleinpolen, wir sahen in Kongresspolen eine Eisenkonstruktionsindustrie, die nicht nur den Bedarf des Landes deckte, sondern gewaltige Brücken in der Hauptstadt der Zaren — Petersburg baute, im fernen Osten riesige Brücken am Amur und anderen Flüssen erstehen liess. Auf diesen Gebieten wirkten die schöpferische Kraft der Unternehmungslust des polnischen Industriellen, der erfinderische Geist und die Korrektheit des polnischen Ingenieurs und Meisters, die angeborene Fähigkeit und Intuition des polnischen Arbeiters. Die Fortschritte in der Industrialisierung des Landes eiferten insbesondere fremde Industrielle an, vor allem Franzosen, Deutsche und Belgier, die ihrerseits in Polen Fabriken bauten und zu der erzielten Industriekultur des Landes ihre organisatorischen Fähigkeiten, neue technische Eroberungen, administrative Talente hinzufügten.

Der Krieg, die deutsche und österreichische Okkupation, haben die Industrie teilweise zerstört, teilweise die Lebenskräfte der polnischen Industrie ausgesogen. Und doch ist die polnische Industrie aufgestanden. Noch teilweise mit Vorkriegsverpflichtungen beladen, ohne Hilfe des ausländischen Kapitals, ohne Kriegsschadensersatzungen hat die polnische Industrie die Nachkriegskonjunktur ausgenutzt und hat mit einer bewunderungswürdigen Vitalität und Kraft sich wieder mobil gemacht.

Mit einer weitaus grösseren Anstrengung als die Industrie, muss Polen sein Staatsleben und insbesondere die Staatsfinanzen ausbauen. Angesichts der allgemeinen Weltkrise in finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht einerseits und angesichts der ungemein komplizierten Aufgaben des Staates im gegenwärtigen Augenblick andererseits, kann der Ausbau des Staatslebens nicht glatt vor sich gehen. Doch so wie auf den Kriegstrümmern schon eine neue polnische Industrie entstanden ist, so entstehen schon aus der Nachkriegskrise Anfänge eines sich kristallisierenden politischen und wirtschaftlichen Systems.

Deutsch-polnische Eisenbahnkonferenz. Dieser Tage fand in Lyck eine deutsch-polnische Eisenbahnkonferenz statt, die 3 Tage währte. Die Konferenz wurde am 14. Januar mit einem Abkommen beendet, wonach der Verkehr mit Deutschland auf der Strecke Grajewo—Prostken—Lyck—Königsberg geregelt wurde. Die Hauptpunkte des Abkommens beruhen auf der Einführung des internationalen Verkehrstarifs. Frachten, die in einem der Staaten, die das Abkommen schlossen, aufgegeben worden sind, sind den Frachten des internationalen Verkehrs gleichgestellt. Im Güterverkehr werden die Umladungen

an den Grenzen aufgehoben. Die Ware wird unmittelbar an den Bestimmungsort zugestellt werden.

Ein preussischer Gesetzentwurf über die Beschränkung der Grundstücksverkäufe.

Von Dr. Jacques Abraham, Rechtsanwalt.

Dem preussischen Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken zugegangen, wonach alle Rechtsgeschäfte, die die Veräußerung eines Grundstücks oder eines Grundstücksteils zum Gegenstande haben, zu ihrer Rechtswirksamkeit der Genehmigung der Gemeindebehörde, in Landkreisen des Landrats, bedürfen. Ebenso sollen danach genehmigungspflichtig sein die Einbringung eines Grundstücks in eine Gesellschaft sowie die Auseinandersetzung bei der Auflösung einer Gesellschaft, ferner die Bestellung eines Nießbrauchs oder eines Erbbaurechts. Ausgenommen sind nur land- oder forstwirtschaftliche Grundstücke und solche, die weniger als fünf hundert Mark Nutzungswert haben oder kleiner als hundert Quadratmeter sind. In subjektiver Hinsicht werden ausgenommen Rechtsgeschäfte des Reiches, der Länder, der Gemeinden, oder anderer Körperschaften des öffentlichen Rechts oder gemeinnütziger Art, die sich mit dem Siedlungswesen befassen. Auch Rechtsgeschäfte zwischen Ehegatten und Verwandten und verschwägerten Personen sowie von Miterben untereinander unterliegen keiner Genehmigungspflicht.

Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn wichtige Allgemeininteressen entgegenstehen, insbesondere wenn die ordnungsmäßige Bewirtschaftung des Grundstücks gefährdet erscheint oder gar, wenn die Stilllegung eines Betriebes erfolgen soll, oder aber, wenn die Uebereignung unter Ausnutzung der Notlage des Eigentümers erfolgt, besonders zu einem Preise, der erheblich hinter dem Werte zurückbleibt, vor allem aber, wenn die Veräußerung an gewerbsmäßige Grundstückshändler oder Spekulanten erfolgt. Die Genehmigung kann auch unter gewissen Bedingungen erteilt werden. Jedoch muß die Bedingung denselben Zwecken dienen wie eine etwaige Versagung. Um den Vorschriften des Gesetzes Geltung zu verschaffen, darf der Grundbuchrichter die Rechtsänderung erst eintragen, wenn ihm der Nachweis der Genehmigung erbracht ist. Der Antrag auf Erteilung der Genehmigung muß eine schriftliche Versicherung der Vertragsschließenden enthalten, daß der Vertrag richtig und vollständig mitgeteilt ist, und daß insbesondere der Vertragsinhalt mit den tatsächlich getroffenen Vereinbarungen übereinstimmt. Auf Verlangen kann sogar die Abgabe einer Versicherung an Eidesstatt gefordert werden. Gegen die Versagung der Genehmigung ist die Beschwerde an den Regierungspräsidenten, in Berlin an den Oberpräsidenten gegeben. Diese entscheiden endgültig. Die Beschwerdefrist beträgt zwei Wochen. Der Gemeinde ist für alle Verträge über Grundstücke ein gesetzliches Verkaufsrecht eingeräumt.

Dies ist in kurzen Zügen das Gerippe des Entwurfs. Die Begründung des Staatsministeriums besagt im wesentlichen, daß es unerwünscht erscheine, daß sachkundige Personen ihr Vermögen in Grundbesitz anlegen, zumal es in dieser Zeit bedrohlichster Wohnungsnot äußerst wichtig sei, daß der Hauseigentümer seinem Besitze äußerlich und innerlich nahe stehe und ihn nicht nur als einen Sachwert, sondern als einen persönlich geschätzten Wert ansehe. Die schwierigen Auseinandersetzungen mit den Mietern müsse eine persönlich interessierte Persönlichkeit führen und nicht jemand, dem es nur unheimlich sei, sein Haus zu verwalten. Hinzu komme, daß der wirtschaftlich stark bedrohte Mittelstand vor unüberlegter Verschleuderung seines Besitzes geschützt werden müsse. Das Gesetz soll nach dem Wunsche des Staatsrats auf alle Rechtsakte bis zum 1. Dezember 1922 rückwärts bezogen werden. (B. T.)

Der neue russische Ausfuhrzolltarif. — Das Zolltarifkomitee beim Volkskommissariat für Aussenhandel hat die Durchsicht des neuen Ausfuhrzolltarifs beendet. Der neue Tarif setzt die Zollsätze bedeutend herab und bietet eine Reihe von Vergünstigungen für den russischen Export. Die Kommission für Innenhandel, der dieser Zolltarif zur Durchsicht zugegangen war, befand allerdings, dass der Tarif noch längst nicht restlos den Export begünstige, und beschloss, beim Rat der Volkskommissare darüber vorstellig zu werden, dass eine Anzahl von Zollsätzen noch weiter herabgesetzt wird und einige Exportwaren, wie Flachs, Tabak, Därme

und einige Lederarten überhaupt vom Ausfuhrzoll befreit werden.

Warschauer Börse.

Warschau, 23. Januar.

Sproz. Obl. d. Stadt Warschau

Valuten:

Dollars

28600-2842

Schecks:

| | |
|-----------|---------------------|
| Belgien | 1665-1610-1540 |
| Berlin | 1.35-1.37 1/2 |
| Danzig | 1.32 1/2-1.28 |
| Holland | 1.050 |
| London | 184500-185000-18100 |
| New-York | 28750-28400 |
| Paris | 1845-1822 1/2 |
| Prag | 790-792 1/2-783 |
| Schweiz | 5425-5350 |
| Stockholm | 8000 |
| Wien | 42 1/2 |

Aktien:

| | |
|-------------------------------------------|----------------------|
| Warsch. Diskontobank | 35000-34500 |
| Handel- u. Industriebank | 18500 |
| Warsch. Industriebank | 3800 |
| Polnische Handelsbank | 21000 |
| Verenigte poln. Landesgenossenschaftsbank | 10500-10250 |
| Kijenski | 60000-59000-51000 |
| Warsch. Gen. d. Zuckerfabr. | 60000-59250 |
| Lazy | 87000 |
| Cegielski | 97000-96000-95000 |
| „Modrajew“ | 84000-84500-82000 |
| Ortwein & Karasinski | 12250-12500-12250 |
| Budski | 42500-40000-40500 |
| „Polski“ | 850-8100 |
| Zieleniewski | 67500-69000-68500 |
| Berkowski | 7800-7100-7200 |
| Schiffahrtsgesellschaft | 3800-4200 |
| Haberbusch & Schiele | 140000-142500-140000 |
| Gehr. Nobel | 19000-18000 |
| „Sila i swiatlo“ | 7000-7650 |
| Warsch. Handelsbank | 41000-40000-45000 |
| Warschauer Kreditbank | 10000-12000 |
| Lemberger Industriebank | 3400-3850-3800 |
| Westbank | 43500-46500 |
| Arbeiter-Genossenschaftsbank | 17000-17100-17000 |
| Wildt | 17400-16250 |
| Witry | 10800-10400-10300 |
| Kohlengesellschaft | 150000-142000-143000 |
| Lilpop | 93000-91000 |
| Ostrowitzer Werke | 9200-8800 |
| Rohn, Zieliński & Co | 21000-20000-20500 |
| Starosawice | 49000-44000 |
| Warsch. Lokomotivenfabrik | 14500-13800-14800 |
| Syrardow | 175000-177500-173500 |
| Gehr. Jabikowsky | 11500-11300-11600 |
| Polbal | 3200-4000 |
| Naphtas | 10000-8700-8800 |
| Lenartowicz | 13500-10300 |

Inoffizielle Börse in Lodz.

Tendenz etwas schwächer. Umsätze mittel.

Es wurde gehandelt:

| | |
|-------------------------|---------------------|
| Dollars | 28500-28700 |
| Pfund Sterling | 132000 |
| Französische Franks | 1825-1835-1845 |
| Belgische | 1675-1670 |
| Schweizerische | 5370-5350-5400-5425 |
| Deutsche Mark | 1.55-1.47 1/2-1.45 |
| Oesterreichische Kronen | 0.40-0.41 |
| Tschechische Kronen | 790-792.50 |
| Lira | 1300 |
| Rumänische Lei | 125 |
| Schecks auf Wien | 0.41-0.4150 |
| Schecks auf Berlin | 1.37-1.35 |
| Millionówka | 1800-1700 |

Die Lodzer Geldbörse.

Im Laufe des gestrigen Tages herrschte auf der Lodzer Geldbörse eine abwartende Tendenz. Da keinerlei Umsätze gemacht wurden, ist ein Börsenbericht nicht erschienen.

Getreidebörse.

Warschau, 22. Januar. — Roggenmehl 100.000, — Gerste aus den Ostgebieten 60.000, — Kongressroggen 118 holl. Pfund 86.000—86.500, — Oelkuchen franko Warschau 65.000, — Posener Brauereigerste 65.000, 62.000, 63.000, 68.000, 68.500, 69.000, 60.000, — Hanna — Gerste erster Saat 72.000, — Weiße Bohnen franko Warschau 95.000, Kongresshafer 69.000, — Roggenmehl 70 Prozent franko Station Grodzisk 135.000, — Posener Roggen 118 holl. Pfund 87.500, — Posener Hafer 68.500, 70.000, — Roggenkleie, franko Kaufstation 47.000, — Gerstengrütze 95.000, — Roggen aus den Ostgebieten 118 holl. Pfund 83.000. Die Preise verstehen sich für 100 Kilogramm netto, franko Ladestation, sofern eine andere Lieferungsart nicht vorgeschrieben ist.

Hauptchriftleitung: Adolf Kargel.

Verantwortlich für Politik: Hugo Wiczorek; für Lokales und den übrigen unpolitischen Teil: Adolf Kargel. — Druck und Verlag: Verlagsgeellschaft „Lodzer Freie Presse“ m. b. S. (Verlagsdirektor: Dr. Eduard v. Behrens.)

Kauf die 8% Gold-Anleihe



Ganz unerwartet verschied plötzlich gestern, um 8 Uhr morgens, mein lieber treusorgender Gatte, unser herzensguter Vater, Bruder, Schwiegersohn, Schwager, Onkel, Nefte und Cousin

Julius Theodor Hornung

im 48. Lebensjahre. — Die Beerdigung des teuren Dahingeshiedenen findet Donnerstag, um 2 Uhr nachm. vom Trauerhause, Wysoka-Straße 23 aus, auf dem alten evangelischen Friedhofe statt.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Liebe Verehrerinnen und liebe Verehrer!

Mit Freuden eilen wir Euch mitzutellen, daß morgen, 5 Uhr nachm. im Luna-Theater die erste Vorst. unseres Milliarden-Films stattfindet, gegen welchen alle bisherigen Filme verblasen und verschwinden. — Es ist dies

„Lukrezia Borgia“

Alle die, die uns immer ihre Sympathien schenken und das Luna-Theater füllen, werden sicher unseren Film mit Begeisterung aufnehmen. — Also: Auf Wiedersehen! — — —

Liane Haid, Lydia Salmonowa, Anita Berber, Albert Bassermann, Paul Wegener u. Konrad Veidt.

Grand-Rino

Heute — — — zum ersten Male in Łódź vorgeführter gewaltiger Saktiger Film — — — Heute

„Der Tigermensch“

mit dem berühmten Künstler OLLAFF FOENS. Beginn um 5 Uhr, der letzte um 9.30 abends.

Grand-Rino



Kirchengefangverein d. St. Trinitatisgemeinde.

Sonntag, den 28. Januar 1923, präzise 4 Uhr nachm. im eigenen Saale in der Konstanliner Straße 4
2. u. letzte Wiederholung des prächtigen fünfaktigen Märchens

„Aladin“

mit Gesängen u. Tänzen von W. Haeder.

Jeder Akt hat seine besondere Ausstattung.

Die Tänze und Gesänge werden vom schwebischen Streich-Orchester unter Leitung des Herrn A. Thonfeld begleitet.

Über 100 Personen wirken mit.

Karten sind ab Montag mittags im Vorverkauf bei Herrn J. Winkopf, Petrikauer Straße 142, erhältlich. 190

Deutsches Theater

im „Scala“. Dir. S. Kupermann.

Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 4 Uhr.

Zum 2. und letzten Male der mit Riesenerfolg gegebene Schlager

Doktor Stieglitz

Familienchwank in 3 Akten von Friedmann und Nera. Billig in der Kasse. 275



Łódzki Turnverein „Kraft“.

Freitag, d. 2. Februar, um 4

im ersten, 5 Uhr im zweiten Termin

Generalversammlung.

Tagesordnung: Berichte, Neuwahlen, Anträge. Um vollständiges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder bittet

Die Verwaltung. 281

Ober-Spinnmeister

sucht Stellung. Off. unter „Spinnmeister A. S.“ an die Geschäftsstelle d. Bl. 280

Eine Reichsdeutsche, selbständige Korrespondentin

sucht passende Stellung. Angeb. unter „G. S.“ an die Geschäftsstelle d. Bl. 279

Dyrekcja Kolei Elektrycznej Łódzkiej

podaje do wiadomości, że z dn. 24 stycznia r. b. obowiązować będzie następująca taryfa pasażerska:

Dzienna:

Marek 400 za bilety normalne i dla oficerów, z czego 10 procent na rzecz miasta.

Marek 280 za bilety dla szeregowych, uczących się i dzieci od lat 5 do 10-ciu.

Wieczrowa:

Marek 600 od godz. 9.30 wiecz. do 11.30 wiecz., z czego 10 procent na rzecz miasta.

Nočna dla wszystkich bez wyjątku pasażerów:

Marek 1.200 od godz. 11.30 wieczorem, z czego 10 procent na rzecz miasta.

Bilet miesięczny Mk. 60.000.



Łódzki Männergesangsverein.

Mittwoch, den 7. Februar l. J., um 5. Uhr abends findet in den alten Räumen in der Petrikauer Straße Nr. 243 eine

außerord. Generalversammlung

statt. — Tagesordnung: Berichterstattung über das Vereinslokal.

Erhöhung des Mitgliedsbeitrages und der Einschreibgebühr.

Sollte die Versammlung zu dieser Zeit wegen ungenügender Beteiligung nicht beschlußfähig sein, so findet dieselbe im zweiten Termin an demselben Tage um 8 Uhr abends, ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen, statt. Anträge sind 8 Tage vor der Versammlung bei der Verwaltung schriftlich einzureichen.

Der Vorstand.

Dr. Ludwig Falk

Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten empfängt von 10-12 und von 5-7

Nawrołstr. Nr. 7.

Dr. med. 20

Langbard

Zawadzka 10.

Haut- u. Geschlechtskr.

Sprechst. v. 9-1 u. v. 6-8.

Maschinen- Kostüme

zu verkaufen bei A. Dan- tin, Wulczanska 75, Off. rechts, zweiter Eingang, 1. Etg. 266

Schreibmaschinen

neueste Modelle und andere Systeme in großer Auswahl zu billigsten Preisen; Farbänderer, Kohlepapier, Reparaturen, Schreibmaschinen-Unterricht.

Adolf Goldberg,

Andrzej-Straße 1, 1. Etage

5990

„Ekonomia“ Geyers Ring 5/6.

Gegen Ratenzahlung!

Sämtliche Herren- und Damengarderoben, Schuhe, verschiedene Schnittwaren, Wäsche usw. Aufträge werden nach den neuesten Passons ausgeführt

5581

Ein neuer Kinder-Sport-Wagen

(ausländisch), mit Verbed, preiswert zu verkaufen. Spornastr. 35 (Kusy kat), W. 8. 289

Umzugshalber verkaufe

Zuschneidemaschine, Fahrrad, Grammophon, Wandbilder. Wulczanska 93, W. 8. 282

Hiesige größere Firma sucht für Spinnera für täglichen Bedarfsartikel gegen Provision tüchtigen

Reisenden

der polnischen und deutschen Sprache mächtig. Off. unter „J. K. 901“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten. 270

Chemiker gesucht

Für den Posten eines stellvertretenden Betriebs- direktors in der polnischen Fabrikfabrik (100 Arbeiter) eines chem. techn. Großunternehmens wird ein

mit höherer Schulbildung, möglichst aus dem Gebiet der Dtsch. Wachs- oder Fettindustrie, hoch kommen für diese sehr entwicklungsfähige, gut bezahlte und selbständige Stellung auch andere tüchtige Chemiker in Frage, wenn nachstehende Voraussetzungen erfüllt sind: mehrjährige Betriebspraxis, Alter unter 45 J., arische Abstammung, polnische Sprachkenntnisse.

Angebote sollen enthalten: Handgeschr. Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Angabe von Berufserfahrungen. Gehaltsansprüche nach jetzigen Verhältnissen unter Berücksichtigung freier Wohnung, früherer Einkünfte, termin. Off. unt. „Dauer- stellung 7044 an Rudolf Woffe, Katowice. 282

Eine kleine goldene Damenarmbanduhr

am 2. Januar abends auf der Nawrołstraße ungef. Nr. 26 gefunden. Gegen Instruktion kosten abzugeben bei Architekt A. Zischer, Siegelstraße 81. 278

Piece i Kuornie

kaflowe przenośne z gwarancją, drzewiczki hermetyczne, dające 75proc. oszczędności opatu, piacuki szlifowane, blachy, ruszty oraz wszelkie wyroby piecowe i kuchenne poleca Jan Ławacz Sienkiewicza Nr. 30.

Tüchtige Eisenblecher und Schlosserlehrlinge

können sich mit dem Rat & Pfeilschmann Sienkiewicza Nr. 34. 201

Ein gut möbliertes Zimmer

gesucht. Preis beliebig. Off. unt. „A. M.“ an d. Geschäftsst. d. Bl. 262